



Mehr Verlierer – weniger Gewinner

IHK-Energiewende-Barometer 2014

Fakten | Trends | Forderungen



Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) – Berlin 2014

Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag | Berlin | Brüssel
IHK-Energiewende-Barometer ISSN 2196-9876

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: www.dihk.de

Durchführung DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Dr. Hermann Hübels, Dr. Sebastian Bolay, Mark Becker, Till Bullmann, Jakob Flechtner

Berlin, September 2014

Mit dem „Energiewende-Barometer“ stellt der DIHK die Ergebnisse dreier Umfragen vor:

- einer Online-Unternehmensbefragung, an der sich das unternehmerische Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben,
- einer Online-Umfrage unter den Energieexperten in den Industrie- und Handelskammern sowie
- einer Umfrage unter den sogenannten IHK-Federführern Energie in den 16 Bundesländern. Sie koordinieren die energiepolitische Arbeit der IHKs in den jeweiligen Bundesländern.

Grundlage der Auswertung der Unternehmensbefragung sind 2.193 Antworten. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (42 Prozent), Bauwirtschaft (vier Prozent), Handel (16 Prozent) und Dienstleistungen (38 Prozent). In regionaler Hinsicht kommen die Antworten zu 15 Prozent aus dem Norden Deutschlands, zu 36 Prozent aus dem Westen, zu 17 Prozent aus dem Osten und zu 32 Prozent aus dem Süden. Dem Norden werden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die Befragungen fanden vom 5. bis 27. Juni 2014 statt.

Ist in dieser Auswertung von Mitarbeitern u. Ä. die Rede, sind selbstverständlich auch Mitarbeiterinnen gemeint. Die Verwendung nur einer Geschlechtsform wurde wegen der besseren Lesbarkeit gewählt und ist nicht benachteiligend gemeint.

Inhaltsverzeichnis

1. Das Wichtigste in Kürze.....	2
2. Wozu das Energiewende-Barometer?.....	5
3. Energiewende: Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit steigt	6
4. Energiepreise: Keine Besserung in Sicht	17
5. Versorgungssicherheit: Risiken für süddeutsche Unternehmen steigen	22
6. Unternehmen setzen Energiewende um	28
7. Energiewende und die sechzehn Bundesländer – kommt endlich eine bessere Abstimmung?	39
8. Das fordert die Wirtschaft: Versorgung sichern, Kosten senken, Koordination verbessern	43

1. Das Wichtigste in Kürze

I. Risiken der Energiewende nehmen zu

- Die Unternehmen bewerten die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2014 mit -12,8. Damit hat sich der Wert des Energiewende-Barometers gegenüber 2013 (-10,7) verschlechtert.



Quelle: DIHK.

- Nur für einen kleinen Teil der Unternehmen wirkt sich die Energiewende positiv oder sehr positiv auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit aus (14 Prozent). Mehr als ein Drittel (34 Prozent) sehen hingegen negative oder sehr negative Auswirkungen. Unter den bisherigen Rahmenbedingungen kann die deutsche Wirtschaft Möglichkeiten der Energiewende noch nicht realisieren.
- Die Hoffnungen auf neue Geschäftschancen sinken: Die Anzahl der Betriebe, die neue Absatzmärkte erschlossen bzw. neue Geschäftsfelder aufgebaut haben, stagniert im Vergleich zu 2013 (6 bzw. 4 Prozent). Die geplanten Maßnahmen gingen sogar leicht zurück. In beiden Fällen stieg die Anzahl der Unternehmen, die keine Maßnahmen zur Erschließung neuer Absatzmärkte oder Geschäftsfelder umgesetzt haben oder planen, kontinuierlich an.

II. Bewertung zwischen den Branchen driften auseinander

- Lagen 2012 noch 22,5 Punkte zwischen der besten Bewertung (Bau -4) und der schlechtesten (Industrie -26,5) driften die Bewertungen immer weiter auseinander. 2014 bewertet die Industrie die Auswirkungen der Energiewende mit -30 während die Bauindustrie auf einen Wert von +2 kommt.
- Industriebetriebe begegnen mit vielen Maßnahmen steigenden Preisen: Effizienzinvestitionen, Aufbau eigener Versorgung und Lieferantenwechsel stehen ganz oben auf der Agenda. Das Potenzial dieser Maßnahmen ist aber in vielen Fällen ausgeschöpft. Die Bereitschaft, Produktion in Deutschland einzuschränken, ist hoch. 24 Prozent der Industriebetriebe denken zumindest darüber nach.

- Dienstleistungsunternehmen bewerten die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit mit -4 (2013: -2) fast neutral. Der Handel ist mit -18 wieder deutlich kritischer geworden (2013: -15,3). Er weist im Gegensatz zu den anderen Branchen weniger Kompensationsmöglichkeiten auf. Die Baubranche kann von der Errichtung neuer Erzeugungsanlagen genauso profitieren wie von der energetischen Sanierung von Gebäuden und erreicht daher als einzige Branche einen positiven Wert (+2).

III. Großunternehmen immer skeptischer, Osten weiter am skeptischsten

- Zwar bleibt der Mittelstand mit -18 (20 bis 249 Mitarbeiter) bzw. -19 (250 bis 499 Mitarbeiter) bei seiner kritischen Bewertung, wird aber von den Großunternehmen inzwischen überholt. Für Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern sank der Barometerwert innerhalb von zwei Jahren von -5 auf -22. Bei den Unternehmen von 500 bis 999 Mitarbeitern von -13 auf -25. Für viele Großunternehmen haben sich vor allem die erwarteten Chancen der Energiewende nicht oder nicht in erhofftem Ausmaß realisiert.
- Kaum negativ betroffen von der Energiewende sehen sich - wie in den Vorjahren - kleinere Unternehmen (10 bis 19 Mitarbeiter) mit einem Barometerwert von -1. Bei Kleinstunternehmen mit bis zu 9 Mitarbeitern überwiegen sogar die Chancen (Barometerwert: +4).
- Während der Norden leicht negativ bewertet (Barometerwert -7,5), werden die Folgen der Energiewende im Süden (-10) und v. a. im Westen (-15,2) negativer eingeschätzt. Noch schwerer wiegen die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit im Osten, wo die Bewertung bei -17 liegt. Ostdeutsche Unternehmen sind stromintensiver und deshalb stärker von Strompreissteigerungen betroffen

IV. Energiepreise bereiten Sorgen, süddeutsche Versorgungssicherheit leidet

- Die Energiepreise, insbesondere die Strompreise, sind in Deutschland hoch. 40 Prozent der Unternehmen sagen daher: Die Bedeutung der Energiepreise ist in den letzten zwölf Monaten gestiegen.
- Gestiegen ist auch der Anteil der Unternehmen, die versuchen die Energiekosten an ihre Kunden weiterzugeben; jedes zehnte Unternehmen hat dies bereits getan (2012: drei Prozent).
- Ein Fünftel der Unternehmen berichten von Problemen mit der Versorgungssicherheit in den vergangenen zwölf Monaten und damit etwas mehr als 2013. Insbesondere Unterbrechungen in der Stromversorgung von unter drei Minuten sind angestiegen. Diese werden weiterhin von der öffentlichen Statistik nicht erfasst.
- Angespannter ist die Lage in Süddeutschland: 35 Prozent der Industrieunternehmen in Bayern und Baden-Württemberg berichten von Problemen. Diese Daten sind bedenklich, weil die Herausforderungen für die Versorgungssicherheit in den kommenden Jahren mit der sukzessiven Abschaltung der Kernkraftwerke anwachsen.

V. Potenziale werden ausgeschöpft, Bezug von deutschem Grünstrom ist gefragt

- Die Unternehmen haben auch 2014 ihren Energiebezug und den Umgang mit Energie im Unternehmen weiter optimiert. Die wichtigste Maßnahme bleibt mit Abstand die Steigerung der Energieeffizienz. So ist mit 79 Prozent der Unternehmen ein

gleichbleibend hoher Anteil in der Planung beziehungsweise Umsetzung von Effizienzmaßnahmen aktiv.

- 85 Prozent der Unternehmen sehen in den kommenden fünf Jahren wirtschaftliche Einsparpotenziale im Energieverbrauch. Insgesamt sehen mehr als zwei Drittel (68 Prozent) eine Einsparquote von maximal 5 Prozent; dies entspricht in etwa 1 Prozent im Jahr. Wirtschaftlich erschließbare Potenziale sind also in vielen Unternehmen vorhanden, sie bewegen sich aber bei den meisten im Rahmen des normalen jährlichen Effizienzfortschritts.
- Bei der Eigenerzeugung ist eine leichte Abkühlung festzustellen: Geplante Maßnahmen gingen um zwei Prozentpunkte zurück. Inwieweit die Belastung neuer Eigenerzeugungsanlagen mit EEG-Umlage zu Bremsspuren führt, bleibt abzuwarten. Wichtigste Technologien sind mit Abstand weiter Photovoltaik und KWK.
- Immer mehr Unternehmen ist der Bezug von erneuerbarem Strom wichtig. Mittlerweile bezieht knapp jeder fünfte Betrieb Ökostrom (19 Prozent). Fast genauso viele Unternehmen haben Projekte in der Umsetzung oder planen den Bezug von Grünstrom. In den vergangenen Jahren hat sich eine stabile Nachfrage nach grünem Strom entwickelt.
- Ein Drittel der Unternehmen ist zudem bereit, gegenüber einem Graustromtarif mehr für zertifizierten inländischen bzw. regionalen erneuerbaren Strom (EE-Strom) zu bezahlen. Am höchsten ist die Zahlungsbereitschaft bei Dienstleistungsunternehmen (39 Prozent), am geringsten in der Industrie. Doch auch dort kann sich mehr als jedes fünfte Unternehmen vorstellen, für Ökostrom einen Aufschlag in Kauf zu nehmen.

VI. Erwartungen der Wirtschaft: Versorgung sichern, Kosten senken, Koordination verbessern

- Der Netzausbau bleibt Thema Nr. 1: 72 Prozent der Unternehmen sehen die Politik in der Pflicht, dadurch die Versorgungssicherheit langfristig sicherzustellen. Dafür notwendig ist u. a. die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, wie es 61 Prozent der Unternehmen fordern.
- Knapp zwei Drittel der Unternehmen (64 Prozent) fordern eine Senkung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis – die einzige Forderung mit wachsender Priorität gegenüber 2013. Dies unterstreicht die Dringlichkeit, den weiteren Anstieg der Kosten zu stoppen.
- Nach wie vor hapert es an der Abstimmung zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen den Ländern. 63 Prozent der Unternehmen fordern hier Verbesserungen: Die Politik bleibt aufgerufen, die Energiewende tatsächlich in Form des vielfach postulierten „Gemeinschaftswerks“ umzusetzen.

2. Wozu das Energiewende-Barometer?

Deutschland ist das Versuchslabor für den Aufbau eines kernenergiefreien und CO₂-armen Energiesystems. Die deutsche Energiewende steht im Fokus der weltweiten Öffentlichkeit, sie wird dabei durchaus unterschiedlich bewertet: Die Einschätzungen reichen von einem unkalkulierbaren Wagnis bis hin zu einer Vorbildfunktion. Es besteht daher erheblicher Druck, die Energiewende zu schaffen – für die Politik, aber auch für die Wirtschaft.

Die Energiewende ist ein hochkomplexes Projekt mit ehrgeizigen Zielen. Sie hat den Anspruch, die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu bestimmen. Umgekehrt hängt die Zukunft des Wirtschaftsstandortes von ihrem Gelingen ab. Manche Ziele werden aus heutiger Sicht übererfüllt (Ausbau der erneuerbaren Energien), andere bislang verfehlt (Netzausbau, Anpassung des Kraftwerksparks). Das Postulat, dass die Strompreise wettbewerbsfähig bleiben, erfüllt sich nicht. Die Energiewende ist in der öffentlichen Wahrnehmung zunächst ein politisches Projekt, das durch Gesetze und Verordnungen gestaltet wird. Der Umbau des gesamten Energiesystems findet aber letztlich ganz konkret in den Regionen und in den Unternehmen statt. Erst hier zeigt sich, ob Anspruch und Wirklichkeit der Energiewende übereinstimmen und welche Nachjustierungen des Projekts erforderlich sind. Deshalb befragt der DIHK einmal jährlich Unternehmen und IHK-Experten nach ihren Einschätzungen zu Fortschritten und Defiziten.

Dieses dritte Energiewende-Barometer beruht auf einem Fragenkatalog zu Energiepreisen, -einsatz und -versorgung, zu Maßnahmen, mit denen die Unternehmen auf die Folgen der Energiewende reagieren, und zu den Forderungen der Wirtschaft an die Politik. Soweit nach Energiepreisen gefragt wird, reflektieren die Antworten auch Entwicklungen auf den Weltmärkten für Öl und Gas, auf die die deutsche Energiewende keinen direkten Einfluss hat. Beides steht aber dennoch in enger Beziehung, da die Energiewende die Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern und deren Preiskapriolen senken soll. An der Umfrage im Juni 2014 haben sich insgesamt 2.193 Unternehmen beteiligt.

Der Umfragezeitpunkt fiel zusammen mit den letzten Schritten der EEG-Novelle, die am 27. Juni endgültig vom Bundestag verabschiedet wurde. Energieintensive Unternehmen konnten in der großen Mehrzahl sicher sein, weiterhin eine reduzierte EEG-Umlage bezahlen zu müssen. Unklar waren die künftigen Rahmenbedingungen insbesondere im Bereich der Eigenerzeugung. Die Belastung bestehender Anlagen mit EEG-Umlage war Anfang des Monats vom Tisch, tauchte aber gegen Ende des Prozesses wieder auf. Zudem war bis zum Ende des Befragungszeitraums unklar, in welcher Höhe neue Eigenerzeugungsanlagen EEG-Umlage bezahlen werden müssen. Der Konflikt in der Ukraine und mögliche Auswirkungen auf die Gasversorgungssicherheit spielten hingegen keine Rolle.

3. Energiewende: Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit steigt

Die Energiewende führt bislang insbesondere in Abhängigkeit von der Stromintensität des einzelnen Unternehmens zu Stromkostensteigerungen. Hinzu kommen Risiken für die Versorgungssicherheit (vgl. Kapitel 5), auch die Verlässlichkeit der politischen Rahmenbedingungen lässt zu wünschen übrig (vgl. Kapitel 8). Dem gegenüber stehen Impulse für die Entwicklung, Vermarktung, Installation und Wartung von neuen Erzeugungs- und Effizienztechnologien. Dies führt neben der höheren Wertschöpfung in Deutschland auch zu einer vorwiegend heimischen Energieversorgung und perspektivisch einer geringeren Abhängigkeit von endlichen Energierohstoffen sowie einer Entlastung von Klima und Umwelt.

Gemäß dem energiepolitischen Zieldreieck gilt es, bei der Ausgestaltung und Umsetzung der Energiewende die drei Ziele Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen zu berücksichtigen. Unternehmen können sich nur im Wettbewerb behaupten, wenn sie ihre Produkte und Dienstleistungen zu konkurrenzfähigen Preisen und Qualitäten auf dem heimischen sowie globalen Markt anbieten können.



Abbildung 1: DIHK-Energiewende-Barometer.

Die Erfahrungen der Wirtschafts- und Währungskrise verdeutlichen die Vorteile einer breiten Wirtschaftsstruktur einschließlich einer starken Industrie.¹ Diese darf durch die Energiewende nicht gefährdet werden. Auch in Zukunft muss der Standort Deutschland für Unternehmen aller Sektoren und Wertschöpfungsstufen attraktiv bleiben. Das „Generationenprojekt Ener-

¹ Während der Anteil des produzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt in der EU insgesamt auf 15,3 Prozent abgesunken ist, liegt der Anteil in Deutschland bei 25,5 Prozent (2013, ohne Baugewerbe).

gewende“ ist nur dann ein Gewinn für den Wirtschaftsstandort Deutschland, wenn die Chancen und Impulse die Risiken überwiegen. In allen Phasen sollten Chancen und Risiken zumindest ausgewogen sein.

Aus Sicht der Unternehmen halten sich die Chancen und Risiken der Energiewende derzeit nicht die Waage. Im Gegenteil: Auf einer Skala von -100 (Auswirkungen von allen „sehr negativ“ bewertet) bis +100 (alle „sehr positiv“) liegt die durchschnittliche Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei **-12,8²**. Der Wert des Energiewende-Barometers ist damit niedriger als 2012 (-12,5)³ und vor allem deutlich schlechter als 2013 (-10,7)⁴.

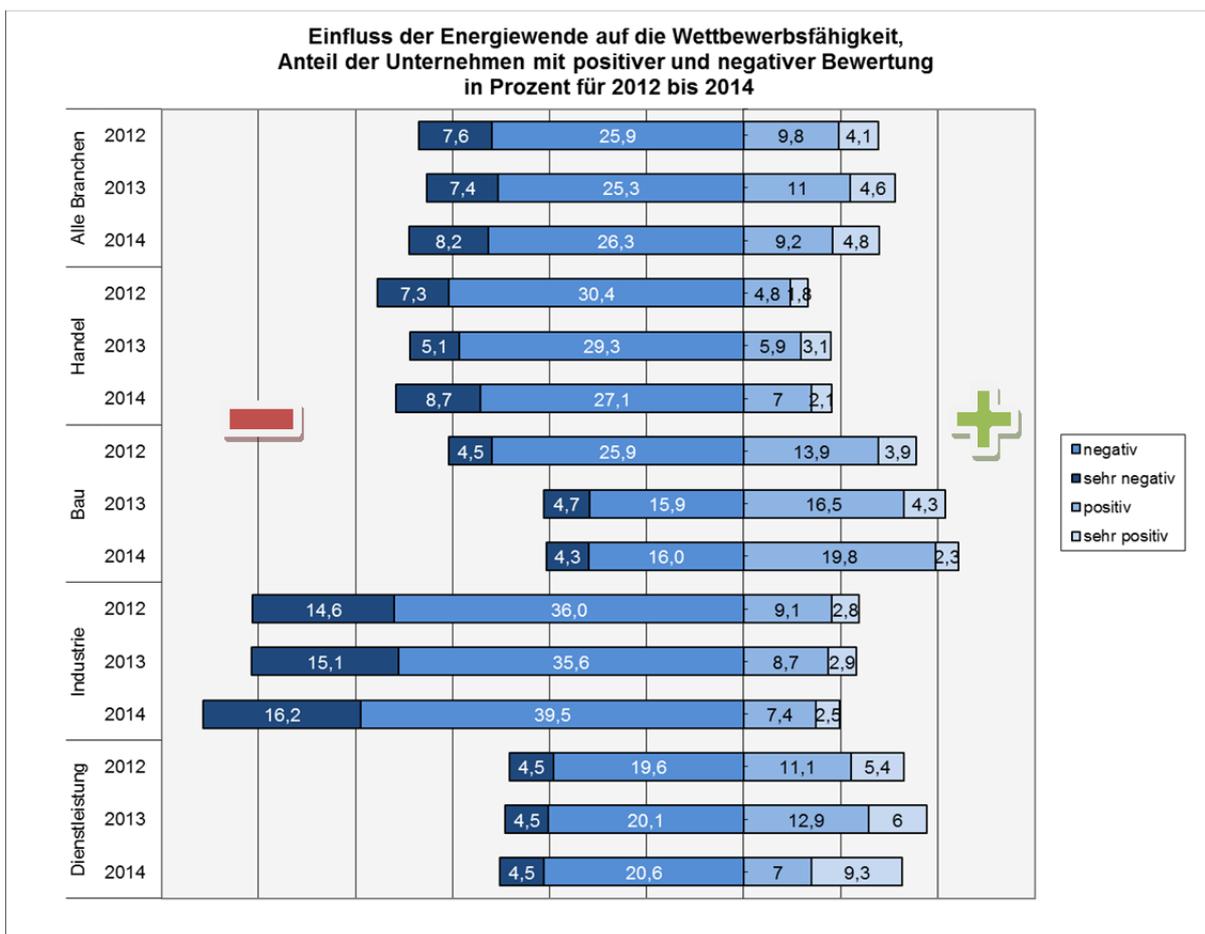


Abbildung 2: Bewertung Energiewende. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.⁵

44 Prozent der Unternehmen sehen keine Auswirkungen der Energiewende auf ihr Unternehmen bzw. positive und negative Auswirkungen halten sich die Waage. Der Anteil der neutralen Bewertungen ist in den vergangenen Jahren leicht zurückgegangen. Für etwas

² Der Wert beruht auf Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“, wobei die Einschätzung „sehr negativ“ mit -100, „negativ“ mit -50, „neutral“ mit 0, „positiv“ mit +50 und „sehr positiv“ mit +100 in die Berechnung der durchschnittlichen Bewertung eingeht. Bei einem Durchschnittswert von 0 sind positive und negative Bewertungen ausgeglichen oder nur neutrale Bewertungen vorgenommen worden. Bei einem Wert von +100 hätten alle Befragten mit „sehr positiv“ geantwortet.

³ IHK-Energiewende-Barometer 2012: Noch überwiegt die Skepsis.

⁴ IHK-Energiewende-Barometer 2013: Unternehmen packen's an – die Skepsis bleibt.

⁵ Fehlende Prozentangaben zu 100 Prozent: Neutral bzw. keine Einschätzung möglich.

mehr als ein Drittel wirkt sich die Energiewende bislang sehr negativ (acht Prozent) oder negativ (26 Prozent) aus. Nur noch 14 Prozent der Unternehmen, 2 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr, bewerten die Energiewende positiv für ihr Unternehmen.⁶

Nachdem sich der Barometerwert im vergangenen Jahr verbessert hatte, ist er in diesem Jahr niedriger als bei der ersten Befragung 2012. Hauptgrund ist, dass sich Hoffnungen auf ein Ende des Anstiegs der Energiewendekosten bislang nicht bestätigt haben. Mit der Diskussion der letzten Monate um die Novelle des EEG und um ein neues Strommarktdesign sind die Risiken der Energiewende deutlicher zum Vorschein getreten. Es zeigt sich zudem, dass die von Unternehmen ergriffenen Maßnahmen (vgl. Kapitel 6) die Folgekosten der Energiewende nicht mehr oder nur teilweise kompensieren können: So können zum Beispiel Energieeinsparungen die Kostensteigerungen nicht immer ausgleichen. Auch die inzwischen abgeschlossene Novelle des EEG führt nur begrenzt zu einem für die wirtschaftliche Entwicklung und den Erfolg der Energiewende so wichtigen stabilen Rechtsrahmen. Die nächste Reform des EEG ist für 2017 bereits angekündigt. Ab dann droht zudem neben der EEG-Umlage für neue Eigenerzeugungsanlagen auch eine Belastung von Bestandsanlagen. Immerhin ist eine Verständigung mit der EU hinsichtlich der beihilferechtlichen Bewertung von EEG und besonderer Ausgleichsregel erreicht worden.

Die Energiewende im regionalen Vergleich

Die Umfrageergebnisse zeigen: Chancen und Risiken der Energiewende sind regional unterschiedlich verteilt. Während der **Norden** leicht negativ bewertet (Barometerwert -7,5), werden die Folgen der Energiewende im **Süden** (-10) und v. a. im **Westen** (-15,2) negativer eingeschätzt. Noch schwerer wiegen die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit im **Osten**, wo die Bewertung bei -17 liegt. Dabei sind der Norden und der Westen kritischer als in den beiden Vorjahren, nur im Süden ist eine geringfügige Verbesserung um einen Punkt festzustellen.

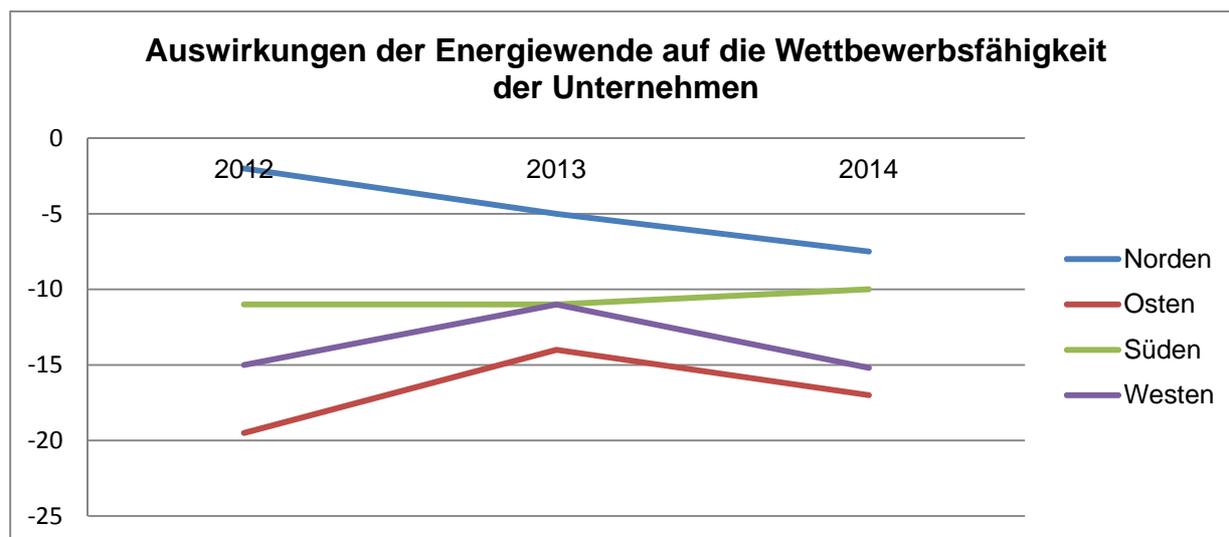


Abbildung 3: Bewertung Energiewende nach Regionen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

⁶ Fehlende Prozentangaben zu 100 Prozent: keine Einschätzung möglich.

In den östlichen Bundesländern, wo der Zubau Erneuerbarer Energien überproportional erfolgt ist, werden die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit am kritischsten gesehen. Von diesen Impulsen kann nur eine Minderheit profitieren: Lediglich jedes zehnte Unternehmen (zwölf Prozent) zieht eine positive Bilanz. Demgegenüber stehen 38 Prozent der Unternehmen mit negativen Auswirkungen. Viele Unternehmen leiden unter den im Vergleich zu anderen Bundesländern hohen Netzentgelten, in denen sich hohe Netzausbaukosten und die Redispatchkosten⁷ zur Sicherung der Netzstabilität widerspiegeln. Sie werden regional im ostdeutschen Übertragungsnetzgebiet an die Endkunden weitergegeben. Die Wirtschaft in Ostdeutschland ist aber auch energieintensiver als in anderen Regionen. Bei mehr als einem Viertel der Unternehmen (27 Prozent) ist der Stromkostenanteil am Umsatz höher als 4 Prozent. In ganz Deutschland liegt dieser Anteil bei 20 Prozent.

In den westlichen Bundesländern bereiten die Folgen der Energiewende den Unternehmen zunehmend Sorgen: Ein Drittel (36 Prozent) sieht seine Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Gleichzeitig können nur 13 Prozent der Unternehmen von der Energiewende profitieren. Auch hier spielt der relativ hohe Anteil energieintensiver Industrieunternehmen eine Rolle. Gleichzeitig geraten die in dieser Region stark vertretenen konventionellen Energieerzeuger zunehmend unter Druck durch die niedrigen Großhandelspreise.

In Süddeutschland hat sich Wert des Energiewendebarmeters gegen den allgemeinen Trend leicht verbessert, was in erster Linie auf eine zunehmend neutrale Bewertung zurückzuführen ist. Sowohl der Anteil der Unternehmen, die einen positiven Einfluss auf ihr Unternehmen sehen (15 Prozent), als auch der Anteil mit einem negativen Einfluss (33 Prozent) ist zurückgegangen. Hier zeigt sich, dass manche Chancen der Energiewende sich weniger als erwartet realisiert haben. Andererseits ist der von vielen befürchtete großflächige Black-out aufgrund der Abschaltung der Kernkraftwerke bisher ausgeblieben.

In Norddeutschland fällt die Bilanz der Energiewende in der Wirtschaft mit -7,5 weniger kritisch aus. Allerdings ist die Bewertung in den vergangenen beiden Jahren kontinuierlich negativer geworden. Auch in den nördlichen Bundesländern haben sich manche mit der Energiewende verbundenen Hoffnungen nicht realisiert, beispielsweise beim Offshore-Ausbau. Die Spreizung der positiven (17,5 Prozent) und negativer Bewertung (31 Prozent) hat weiter zugenommen, während der Anteil der neutralen Bewertungen zurückgeht. Im Vergleich mit den anderen Regionen bleibt der Anteil der Unternehmen mit einer positiven Bewertung für die eigene Wettbewerbsfähigkeit am höchsten.

Die Energiewende im Branchenvergleich

Der Druck auf die Industrie steigt weiter

Aufgrund ihrer spezifisch höheren Energieintensität und besonderen Anforderungen an eine unterbrechungsfreie Stromversorgung sind **Industrieunternehmen** von Kostensteigerungen und Problemen mit der Versorgungssicherheit besonders betroffen. Dies schlägt sich darin nieder, dass der Anteil der Industrieunternehmen, die eine neutrale Bewertung vornehmen, mit 31 Prozent deutlich geringer ist als über alle Branchen hinweg (44 Prozent).

⁷ Redispatchkosten sind Kosten, die durch kurzfristige Änderung des Kraftwerkseinsatzes auf Anforderung der Übertragungsnetzbetreiber zur Vermeidung von Netzengpässen entstehen.

Mit einem Barometerwert von **-30** fällt die Bewertung des Projektes Energiewende mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit noch einmal spürbar kritischer aus als in den Vorjahren (2013: -27, 2012: -26,5). 39,5 Prozent bewerten die Auswirkungen negativ, 16 Prozent sogar sehr negativ. Dem stehen nur acht Prozent mit einer positiven und 2,5 Prozent mit einer sehr positiven Bewertung gegenüber. Der Anteil der negativ betroffenen Industrieunternehmen hat sich insbesondere in den Regionen Ost und West erhöht. Im Osten nehmen 44 Prozent der Unternehmen eine negative Bewertung vor (2013: 25 Prozent), 19 Prozent sogar eine sehr negative (2013: 13 Prozent). Im Westen hat sich der Anteil der negativen Bewertungen von 38 auf 44 Prozent erhöht, der Anteil der sehr negativen Bewertungen ist mit 15 Prozent stabil geblieben.

Zu berücksichtigen ist die Rolle der Industrie für Wertschöpfungsketten und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. 25,5 Prozent betrug der Anteil des produzierenden Gewerbes am gesamten Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013.⁸ Anders als in den meisten anderen EU-Ländern konnte die Industrie ihren Anteil am BIP in den vergangenen Jahren in etwa halten und insbesondere für die Dienstleistungsbranche, die in Deutschland eng mit der Industrie verflochten ist, Impulse setzen. In den besonders energieintensiven Industriesektoren ist aber schon seit geraumer Zeit eine deutliche Investitionszurückhaltung zu verzeichnen.⁹ Dass nur noch jedes zehnte Unternehmen aus der Energiewende einen Vorteil für die eigene Wettbewerbsfähigkeit ziehen kann, ist vor diesem Hintergrund ein Warnsignal.

Vor allem bei den Industrieunternehmen dürfte das schwebende Beihilfeverfahren die Bewertung der Energiewende maßgeblich beeinflusst haben. Bekanntlich hatte die EU-Kommission Ende 2013 ein Verfahren gegen die Bundesrepublik eingeleitet. Es stand die Abschaffung oder zumindest starke Beschränkung der besonderen Ausgleichsregel und eine mögliche Erstattung seit 2012 gesparter EEG-Umlage im Raum. In zahlreichen Unternehmen ging die Sorge um, Standorte wegen dieser Entwicklungen schließen zu müssen. Inzwischen liegt ein reformiertes EEG vor, das in beihilferechtlicher Hinsicht mit der EU-Kommission abgestimmt ist. Die Konsequenzen werden in den Unternehmen in den nächsten Monaten genauer analysiert.

Risiko für den Industriestandort Deutschland

Die kritische Bewertung ist aber nicht nur den direkten Auswirkungen der Energiewende in Deutschland anzulasten. Gleichzeitig sind die Kosten der Energieversorgung in anderen Ländern weniger stark gestiegen oder wie im Fall der USA einhergehend mit dem Schiefergas- und -ölboom sogar gesunken. Das Öffnen dieser Energiekostenschere setzt Industrieunternehmen im internationalen Wettbewerb und damit den Standort Deutschland zusätzlich unter Druck.

Um angesichts steigender Strompreise und Risiken in der Stromversorgung weiter im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, sind hohe Investitionen notwendig. So hat nur ein geringer Anteil der Industrieunternehmen noch nicht in Effizienztechnologien investiert

⁸ Ohne Bauindustrie.

⁹ Die Gesamtinvestitionen der energieintensiven Industrien deckten im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2010 nur 85 Prozent ihrer Abschreibungen, während die übrigen Unternehmen 99 Prozent des Kapitalverschleißes kompensierten. (Bardt/Kempermann: Folgen der Energiewende für die deutsche Industrie IW-Positionen Nr. 58, 2013)

(vgl. Kapitel 6). Auch Investitionen in Eigenversorgung können für etwas Entlastung sorgen. Solche Investitionen schränken aber die finanziellen Möglichkeiten in anderen Bereichen ein. Nicht alle Unternehmen haben die entsprechenden personellen und finanziellen Kapazitäten, an manchen Stellen sind auch technische Grenzen für lohnenswerte Effizienzsteigerungen erreicht. Zudem wird sich aufgrund der geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen für Eigenherzeugung ein Teil der Projekte nicht mehr lohnen.

Im äußersten Fall bleiben nur noch die Einschränkung der Produktion und/oder eine Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland. Damit fallen Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland weg, Zulieferer und Abnehmer werden teilweise mit ins Ausland gezogen oder entfallen als Partner für die Entwicklung neuer Technologien. Schließlich fehlen diese Unternehmen auch als Nachfrager von Investitionsgütern. Zudem führen Produktionseinschränkungen und Verlagerungen dazu, dass diese Unternehmen weniger zur Finanzierung der EEG-Umlage beitragen. Mit dem neuen EEG wurde die Besondere Ausgleichsregel zur Entlastung von besonders energieintensiven und im internationalen Wettbewerb agierenden Unternehmen auf eine neue Basis gestellt und damit zumindest die akute Gefahr massiver Verlagerungen genommen. Dennoch: Viele Unternehmen fallen aus der Besonderen Ausgleichsregel heraus und können auch die Härtefallregel nicht in Anspruch nehmen.

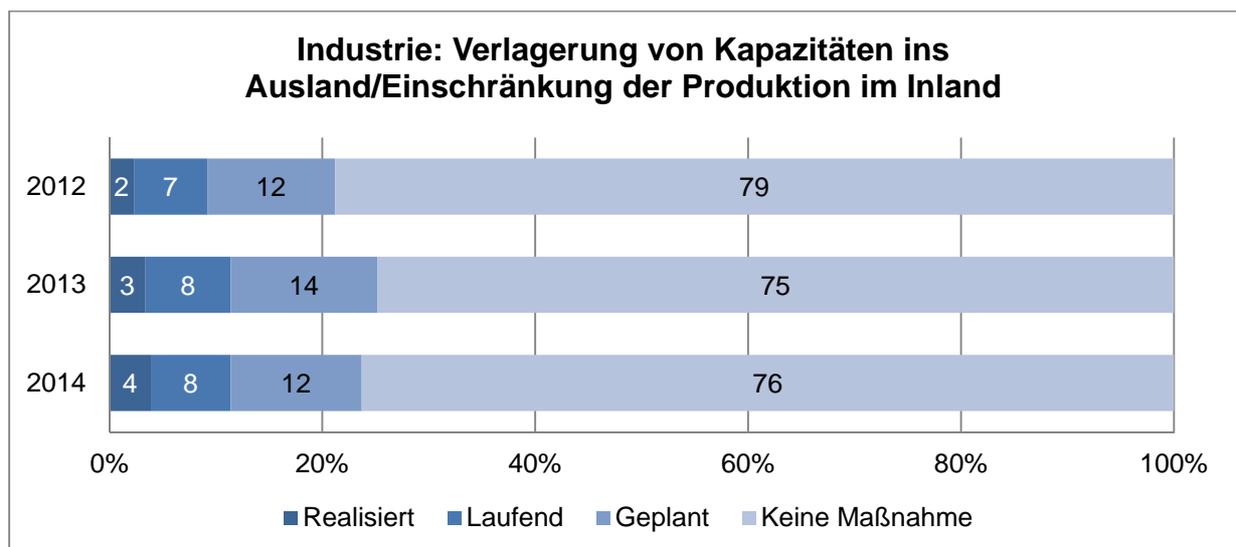


Abbildung 4: Maßnahmen mit Außenwirkungen der Industrie - Verlagerungen und Produktionseinschränkungen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Inzwischen haben vier Prozent der Industrieunternehmen bereits verlagert oder ihre Produktion eingeschränkt (2013: 3 Prozent, 2012: 2 Prozent). Wie 2013 setzen acht Prozent der Industrieunternehmen solche Maßnahmen aktuell um. Die Diskussion um die Verteilung der Energiewendekosten hatte bereits in der Vorjahresbefragung zu großer Unsicherheit geführt.

Die gestiegene Planungssicherheit für Unternehmen in der Besonderen Ausgleichsregel hat dafür gesorgt, dass Überlegungen für Verlagerungen und Produktionseinschränkungen teilweise zurückgestellt wurden. So ist unter den Unternehmen mit einer Stromkostenintensität von mehr als 14 Prozent der Anteil der Unternehmen mit Planungen zur Verlagerung oder Produktionseinschränkungen von 28 auf 16 Prozent abgesunken. Gestiegen ist hingegen der Anteil der Unternehmen mit bereits laufenden Maßnahmen (17 Prozent, 2013: 12 Prozent). Dies ist auf die lange Zeit der Ungewissheit bezüglich der Ausgleichsregel zurückzuführen.

Bei großen Industrieunternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern hat sich hingegen die Bereitschaft zur Verlagerung erhöht, bei 15 Prozent gibt es laufende Maßnahmen (2013: 11 Prozent), weitere 16 Prozent treiben Planungen voran und fünf Prozent haben sie bereits umgesetzt. Damit ist die Verlagerungsbereitschaft bei Großunternehmen wesentlich höher ausgeprägt als bei kleinen Industrieunternehmen. Dies hängt zum einen mit einer in der Regel bereits bestehenden breiten Präsenz im Ausland zusammen, so dass Verlagerungen leichter zu realisieren sind. Zum andern sind viele Maßnahmen gegen Kostensteigerungen wie Effizienzmaßnahmen und Neuausrichtung der Beschaffung bereits ausgereizt (vgl. Kapitel 6).

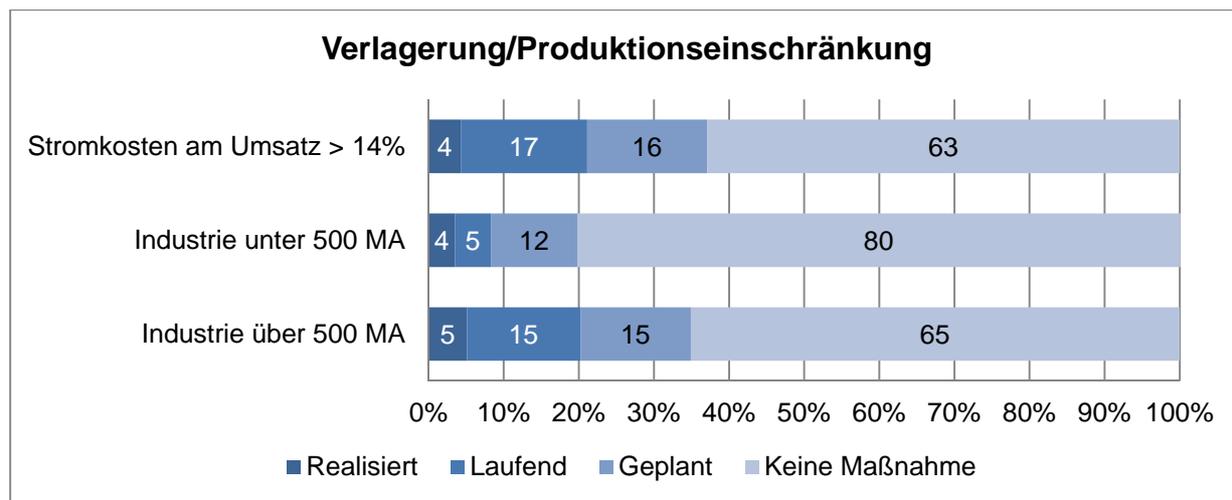


Abbildung 5: Maßnahmen mit Außenwirkung der Industrie - Verlagerung nach Stromkostenintensität und Größe. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Handel mit wenig Kompensationsmöglichkeiten

Nicht nur in der Industrie, auch beim **Handel** fällt die Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit negativer aus. Mit **-18** ist der Barometerwert um knapp drei Punkte und damit stärker als im Durchschnitt gefallen. 36 Prozent der Handelsunternehmen nehmen eine negative (2013: 34 Prozent) aber nur neun Prozent eine positive Bewertung vor.

Im Vergleich zu anderen Branchen ist zwar die Stromkostenintensität meist niedrig, von Ausnahmen abgesehen. Mehr als jedes zehnte Handelsunternehmen hat jedoch inzwischen einen Stromkostenanteil am Umsatz von mehr als vier Prozent. Zu nennen sind zum Beispiel Lebensmittelhändler, die neben Klimatisierung und Beleuchtung von Ladenlokalen auch einen hohen Stromverbrauch für die Kühlung von Lebensmitteln zu stemmen haben. Aufgrund der hohen Wettbewerbsintensität im Handel ist der Anteil der Unternehmen, die Stromkostenerhöhungen an ihre Kunden weiterreichen, im Vergleich der Branchen niedrig (vgl. Kapitel 4). Geringe Eigenkapitalquoten schränken darüber hinaus für viele Unternehmen Investitionsmöglichkeiten in Energieeffizienz, z. B. in neue Kühltechnik, ein.

Licht und Schatten für Bau- und Dienstleistungsbranche

Besser als die beiden anderen Branchen stehen die Bau- und Dienstleistungsbranche da. Nach Einschätzung der **Bauunternehmen** halten sich die negativen und positiven Auswirkungen der Energiewende wie im vergangenen Jahr mit einem Barometerwert von Null die Waage. Jedes fünfte Bauunternehmen zieht ein positives Fazit, 2 Prozent ein sehr positives.

Neben der Energiewende im Bereich der Stromerzeugung setzt die Bundesregierung entsprechend des Koalitionsvertrages vermehrt auf Energieeffizienz. Dabei werden insbesondere von der Gebäudeenergieeffizienz große Einsparpotenziale erwartet. Hinter der positiven Einschätzung der Bauunternehmen stehen die erwarteten hohen Investitionen in die Gebäudesanierung, aber auch in Infrastrukturmaßnahmen und weiterhin Geschäftschancen bei der Installation von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien.

Fast ausgeglichen – wenn auch mit -4 leicht kritischer als im Vorjahr – bewerten Unternehmen der **Dienstleistungsbranche** die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit (2013: -2). Dabei liegt der Anteil der Unternehmen mit neutraler Bewertung mit 49 Prozent im Branchenvergleich hoch. Für einige der Dienstleistungsunternehmen ist die Bedeutung der Stromkosten zugleich nicht zu unterschätzen. Dazu gehören zum Beispiel Betreiber von Rechenzentren. So haben 18 Prozent der Dienstleistungsunternehmen eine Stromkostenintensität von mehr als vier Prozent. Ein Viertel der Unternehmen geht auch von einem negativen Einfluss der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit aus.

Die Energiewende im Größenvergleich

Kleine Unternehmen positiv, Mittelstand weiter kritisch

Wie im Regionen- und im Branchenvergleich ergeben sich auch beim Vergleich der verschiedenen Unternehmensgrößen – klein, mittel, groß – Unterschiede in der Bewertung der Energiewende in puncto Wettbewerbsfähigkeit. Kaum negativ betroffen von der Energiewende sehen sich – wie in den Vorjahren – **kleinere Unternehmen** (10 bis 19 Mitarbeiter) mit einem Barometerwert von -1. Bei Kleinstunternehmen mit bis zu 9 Mitarbeitern überwiegen sogar die Chancen (Barometerwert: +4). Der Barometerwert kleinerer Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren leicht verbessert (vgl. Abbildung 6). Der **Mittelstand** bleibt mit einem Barometerwert von -18 bei Betrieben mit 20 bis 249 Mitarbeitern und -19 bei Betrieben mit 250 bis 499 Mitarbeitern auf dem kritischen Niveau der Vorjahre. Unternehmen dieser Größe können seltener von Sonder- und Ausgleichsregeln beim Strompreis profitieren als Großunternehmen. Anders als Kleinunternehmen sind sie aber von Preissteigerungen stärker betroffen.

Großunternehmen: Chancen der Energiewende immer weniger zu realisieren

Ganz anders ist die Entwicklung bei **größeren Unternehmen**, die in der Vergangenheit einen eher geringeren negativen Einfluss der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit sahen. Bei Unternehmen mit 500 bis 999 Mitarbeitern liegt der Barometerwert inzwischen bei -25 (2013: -15, 2012: -13), bei Unternehmen mit mehr als 1000 Mitarbeitern bei -22 (2013: -

12, 2012: -5). Die Bewertung durch große Unternehmen ist damit noch einmal überproportional abgesunken. Für viele Großunternehmen haben sich die erwarteten Chancen der Energiewende nicht oder nicht in erhofftem Ausmaß realisiert. So ist der Anteil der Unternehmen über 1.000 Mitarbeitern, die neue Geschäftsfelder oder Absatzmärkte aufgrund der Energiewende erschließen, erschlossen haben bzw. erschließen wollen von 45 auf 36 bzw. von 37 auf 29 Prozent gesunken. Die Energiewende ist für die breite Masse der Großunternehmen derzeit kein Exportschlager made in Germany.

Bei den Unternehmen mit 500 bis 999 Mitarbeitern gibt es zwar auch einen Rückgang bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder (von 34 auf 29 Prozent); in dieser Größenklasse fällt insbesondere auf: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz (29 zu 19 Prozent), zum Aufbau einer eigenen Energieversorgung (36 zu 18 Prozent) und zum Abschluss langfristiger Lieferverträge (46 zu 28 Prozent) sind bereits überproportional realisiert. Für viele Unternehmen gibt es daher hier kein wirtschaftlich erschließbares Potenzial mehr, um die Folgen von Strompreissteigerungen auf diesem Wege zu kompensieren. Zudem haben sich langfristige Lieferverträge aufgrund der regelmäßig sinkenden Börsenstrompreise in den letzten Jahren als Nachteil erwiesen.

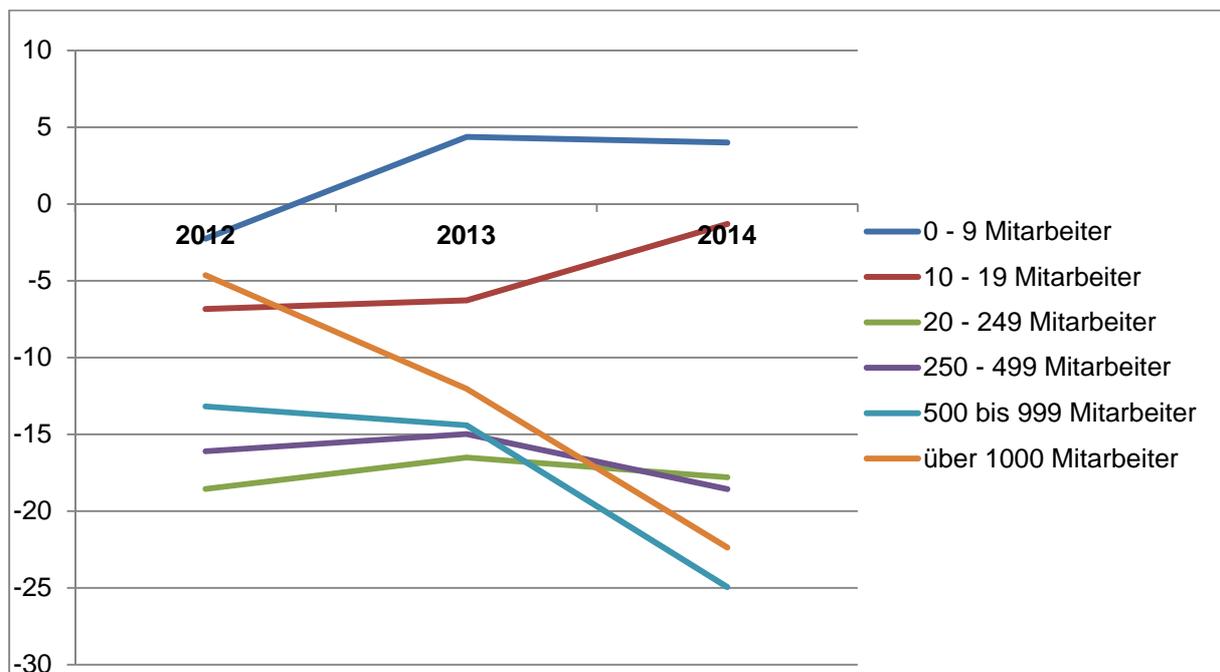


Abbildung 6: Auswirkung der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit (Barometerwert) nach Größenklassen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Und die Chancen der Energiewende?

Die Energiewende beeinflusst nicht nur den Energieeinsatz in den Unternehmen, sie prägt auch ihre Ausrichtung im Wettbewerb. So kann z. B. die Entwicklung neuer Effizienztechnologien im Ausland neue Absatzmärkte erschließen. Derzeit sehen aber nur die wenigsten Betriebe Chancen für ihre Geschäfte durch die Energiewende – und die Zahl der Unternehmen, die diese Chance sehen, hat im Vergleich zu 2013 weiter abgenommen.

Nur eine Minderheit sieht neue Geschäftschancen

Die Energiewende wird gerne mit der Hoffnung verbunden, dass sich für viele Unternehmen neue Geschäftschancen ergeben. Die Bilanz bleibt ernüchternd: Die Anzahl der Betriebe, die neue Absatzmärkte erschlossen bzw. neue Geschäftsfelder aufgebaut haben, stagniert im Vergleich zu 2013 (6 bzw. 4 Prozent). Die geplanten Maßnahmen gingen sogar leicht zurück. In beiden Fällen stieg die Anzahl der Unternehmen, die keine Maßnahmen umgesetzt haben oder planen, kontinuierlich an. Dies deutet darauf hin, dass sich Projekte zerschlagen haben. Vor allem gilt weiterhin: Der überwiegende Anteil der deutschen Wirtschaft sieht in der Energiewende auch in den kommenden Jahren keine neuen Geschäftschancen.

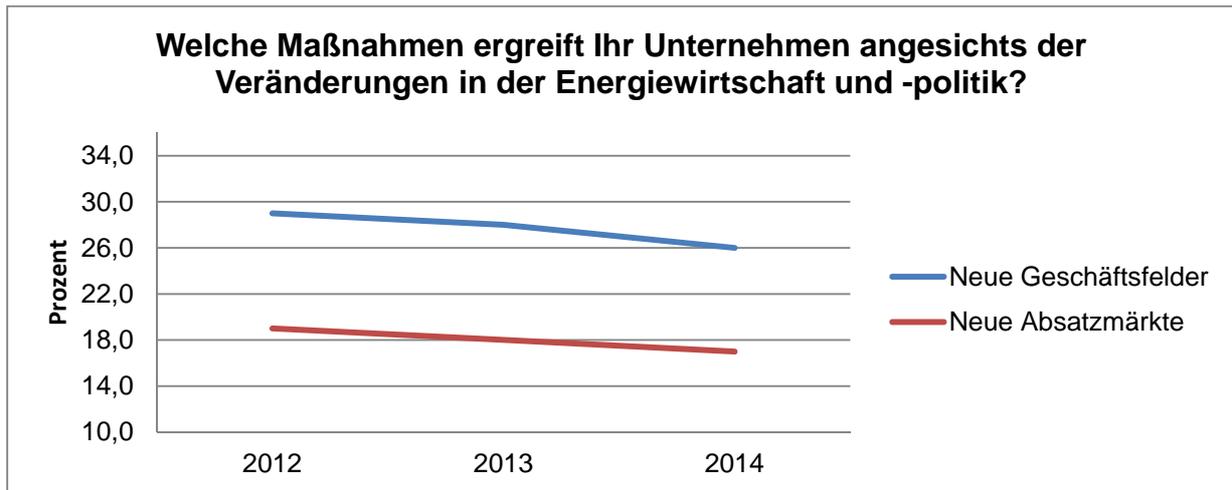


Abbildung 7: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung. Summe aus realisierten, in Umsetzung befindlichen und geplanten Maßnahmen.

Besonders deutlich wird dieser Befund beim Blick auf die Industrie: Während die Werte für die Erschließung neuer Absatzmärkte konstant blieb, sank die Anzahl der Unternehmen um zwei Prozentpunkte, die durch die Energiewende neue Geschäftsfelder erschlossen haben. Viele Hoffnungen für das eigene Geschäft, die sich mit der Energiewende verbunden hatten, haben sich Stand 2014 als trügerisch erwiesen.

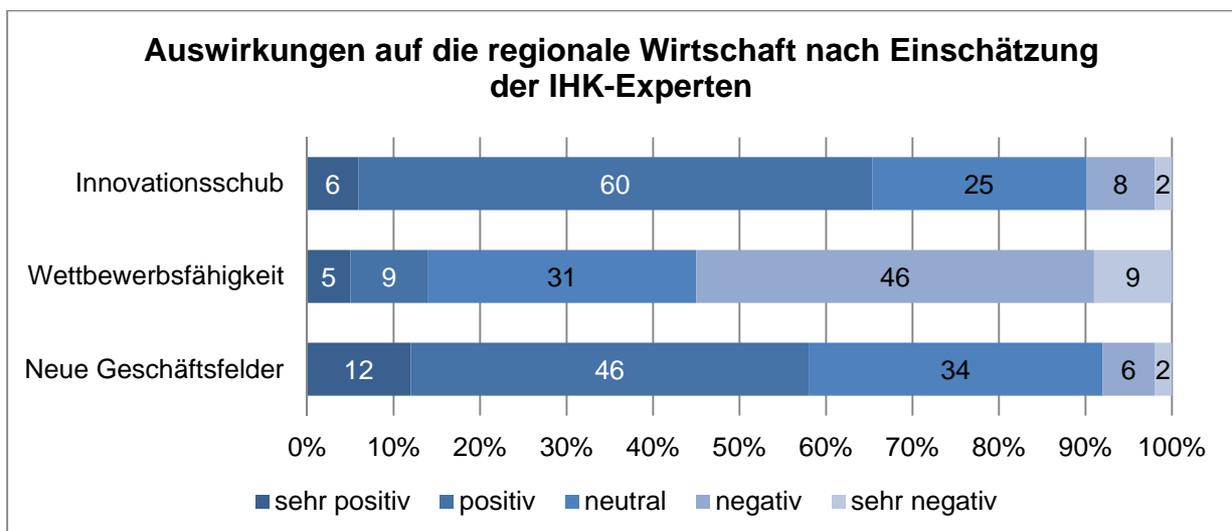


Abbildung 8: Regionale Auswirkungen der Energiewende. Quelle: Befragung IHK-Energieexperten.

Auch die IHK-Experten gehen von geringeren Geschäftschancen für die regionale Wirtschaft aus: Nur noch 58 statt 64 Prozent erwarten positive oder sehr positive Auswirkungen für ihre Region. Gegenüber dem Wert von 2012 (77 Prozent) ist der Rückgang noch deutlicher. Mittlerweile sehen 8 Prozent der Experten sogar negative regionale Auswirkungen. Zum Vergleich: 2012 hatte es keine negative Bewertung gegeben. Entsprechend sehen auch nur noch 14 Prozent die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt (2013: 17 Prozent), hingegen sieht weiterhin mehr als die Hälfte (55 Prozent) negative Folgen.

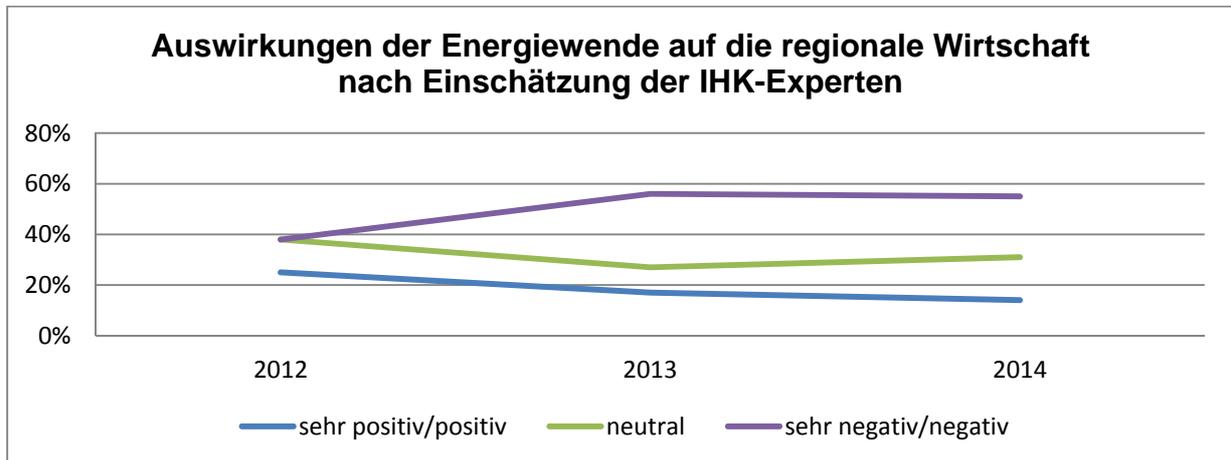


Abbildung 9: Regionale Auswirkungen der Energiewende. Quelle: Befragung IHK-Energieexperten.

Die Erwartungen eines Innovationsschubs für die regionale Wirtschaft sind mit 66 Prozent fast konstant geblieben. Dies deckt sich mit den Antworten der Unternehmen: Geschäftschancen sind für einige Unternehmen vorhanden, die breite Masse der Unternehmen und viele Regionen können aber von der Energiewende nicht profitieren.

4. Energiepreise: Keine Besserung in Sicht

Entwicklung der Strom-, Gas- und Ölpreise

Der Ölpreis hat sich in den vergangenen zwölf Monaten auf einem hohen Preisniveau weitgehend stabil gezeigt. Er pendelte zwischen 102 und 111 US-Dollar pro Barrel für die in Europa maßgebliche Sorte UK Brent. Im Schnitt waren es 108,5 US-Dollar und damit 3,4 Dollar weniger als 2012. Neben der Preisstabilisierung hat der gestiegene Wert des Euro gegenüber dem Dollar die Preisentwicklung zusätzlich entspannt. Temporäre Preisausschläge sind weniger nachfragegetrieben als durch politische Krisen bestimmt. Die Unterschiede zwischen den Ölpreisen in Europa (Brent) und den USA (WTI) waren zum Jahreswechsel 2013/14 noch signifikant, sind jedoch im weiteren Verlauf des Berichtszeitraums stark zurückgegangen.

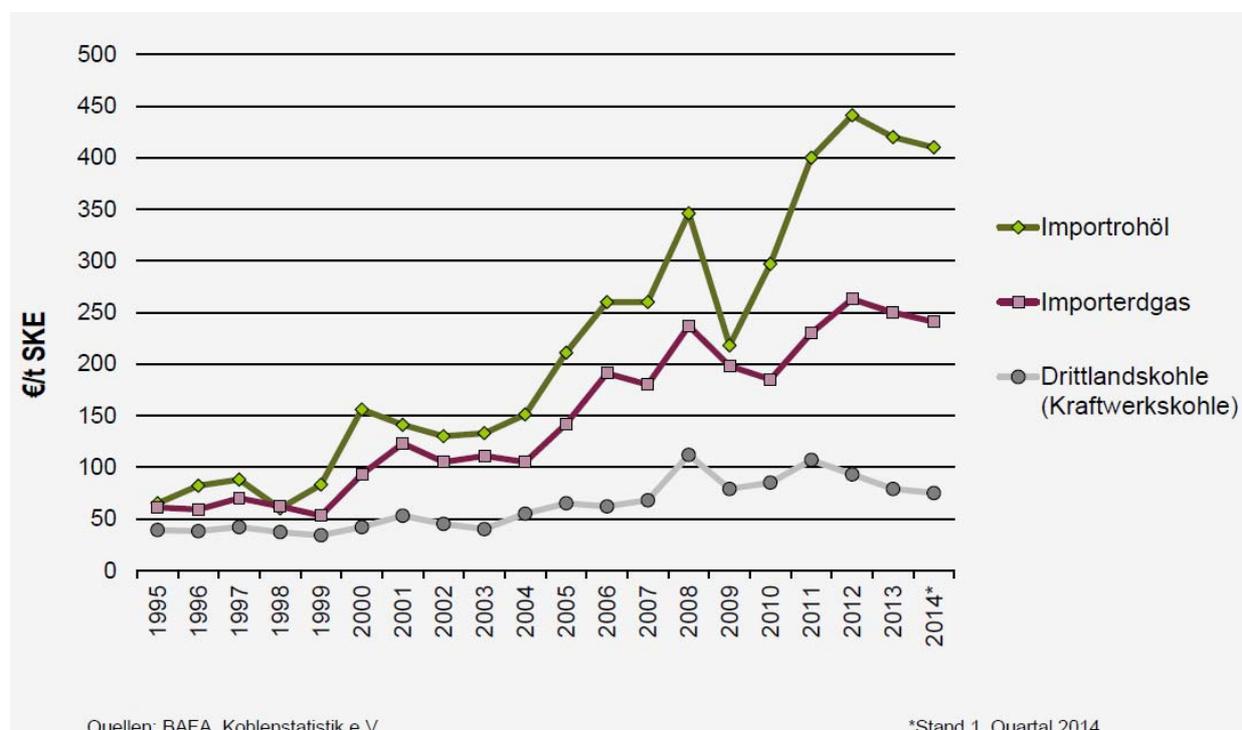


Abbildung 10: Preisentwicklung der Gas-, Öl- und Kohlepreise. Darstellung: BDEW.

Der Grenzübergangspreis für Gas ist weiter gesunken: Lag er beispielsweise im April 2013 bei 7.779 Euro/TJ sank er zum April 2014 um 14 Prozent auf 6.660 Euro/TJ. Damit erreichten die Preise wieder das Niveau von 2011. Grund dürfte vor allem die geringe Nachfrage aufgrund des vergangenen milden Winters gewesen sein. Fazit: Von den internationalen Energierohstoffmärkten geht derzeit kein gesteigerter Preisdruck für deutsche Unternehmen aus. Auch die Krise in der Ukraine hat bislang die Lieferungen in die EU nicht beeinträchtigt. Zudem sind die Speicher in Deutschland gut gefüllt und können Liefereinschränkungen auch über den kommenden Winter weitgehend ausgleichen.¹⁰

¹⁰ Zur Versorgungssicherheit s. auch DIHK-Bestandsaufnahme Versorgungssicherheit Erdöl und Erdgas. <http://www.dihk.de/themenfelder/innovation-und-umwelt/energie/traeger>

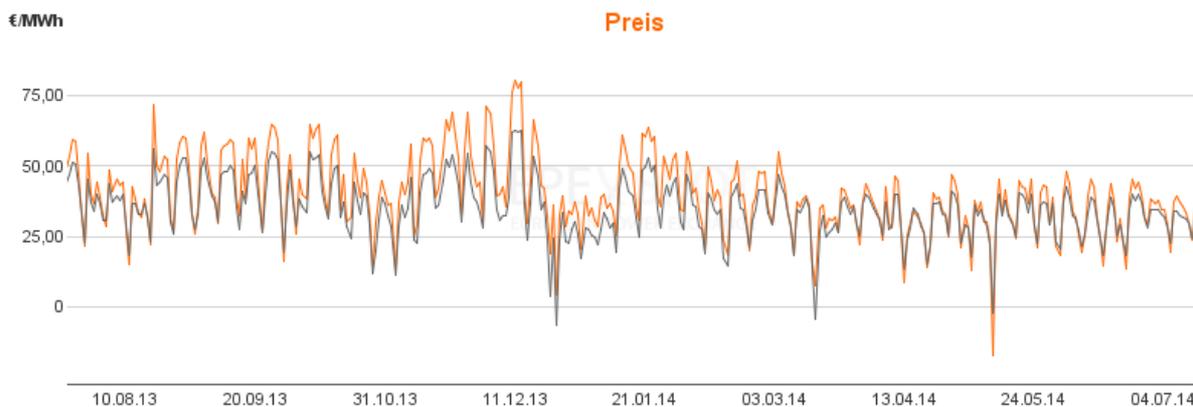


Abbildung 11: Preisentwicklung an der Strombörse. Quelle: eex.

Die Strompreise an der Börse sanken zwischen August 2013 und Juli 2014 trotz des bereits niedrigen Ausgangsniveaus weiter. Dennoch sind die Endkundenpreise zum 1. Januar 2014 wie in den Vorjahren auch gestiegen. Ein Industrieunternehmen zahlt nach Angaben des BDEW derzeit durchschnittlich 15,37 Cent/kWh und damit rund zwei Prozent mehr als 2013. Getrieben wird der Anstieg fast ausschließlich durch Steuern und Abgaben, die mittlerweile auch für viele dieser Kunden einen Anteil von über 50 Prozent am Strompreis erreichen. Nicht zuletzt deshalb bewerten die Energieexperten der IHKs die Auswirkung der Energiewende auf den Strompreis auf einer Skala von 1 (sehr positiv) bis 5 (sehr negativ) mit 4,2 und damit genauso negativ wie 2013.

Energiepreise: Keine Besserung in Sicht

Wie bereits das Energiewendebarmometer 2012 feststellte, sind die Energiepreise das Sorgenkind der Wirtschaft. Erneut gaben weit über ein Drittel der Unternehmen (40 Prozent) an, dass die Bedeutung der Preise in den vergangenen zwölf Monaten gestiegen ist. Dies überrascht nicht – liegen doch die Energiekosten nur bei einem Drittel der Unternehmen unter 2 Prozent und spielen damit nur eine geringe Rolle. Bei Stromkosten ist festzustellen, dass jedes fünfte Unternehmen mit einem Anteil der Stromkosten am Umsatz von mehr als vier Prozent sogar als stromintensiv zu bezeichnen ist.

Damit werden die Ergebnisse der regelmäßigen DIHK-Konjunkturumfragen¹¹ einmal mehr bestätigt: Seit 2011 sind die Energie- und Rohstoffpreise das Risiko Nummer eins für die Unternehmen. Insbesondere die Strompreise sind der Treiber: Ihre Bedeutung ist für 44 Prozent der Betriebe in den vergangenen zwölf Monaten gewachsen und damit für mehr Unternehmen als die Energiepreise insgesamt. Dies deutet darauf hin, dass in einigen Unternehmen sinkende oder zumindest stagnierende Beschaffungskosten für Gas, Öl und Fernwärme wachsenden Strompreisen gegenüberstehen. Die Industrie spürt die hohen Strompreise (54 Prozent) deutlich stärker als die anderen Branchen. Für Unternehmen mit Stromkosten über 14 Prozent gemessen am Umsatz stieg die Bedeutung sogar um 74 Prozent in den letzten zwölf Monaten.

¹¹ Letzte Befragung: DIHK-Konjunkturumfrage vom Frühsommer 2014.

Zwar berichten auch weiterhin mehr Unternehmen, dass Preisschwankungen größere Bedeutung haben, dennoch verringerte sich der Saldo aus mehr Bedeutung und geringere Bedeutung von 23 auf zehn Prozentpunkte. Ein wesentlicher Grund: Die Gas- und Ölpreise waren zwischen August 2013 und Juli 2014 im Wesentlichen stabil.

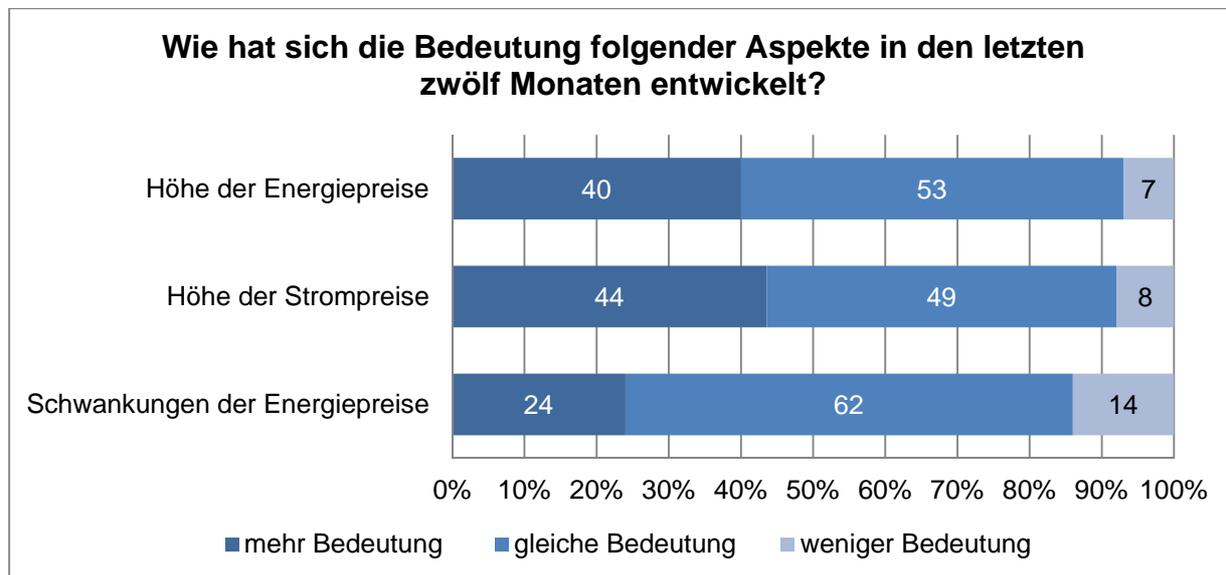


Abbildung 12: Bedeutung der Energiepreise. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.¹²

Was tun, wenn betriebliches Energiemanagement nicht ausreicht?

Neben betriebsinternen Maßnahmen (vgl. Kapitel 6) versuchen viele Betriebe durch Weitergabe an Kunden steigenden Energiepreisen ein Schnippchen zu schlagen. Viele Maßnahmen, die 2012 noch in der Planung waren, wurden in der Zwischenzeit umgesetzt: So stieg der Anteil realisierter Projekte von 3 auf 13 Prozent. Weiterhin befinden sich trotz leichten Rückgangs viele Maßnahmen in der Umsetzung. Etwas mehr Unternehmen als 2013 verzichten derzeit auf die Wälzung steigender Energiepreise. Zu beachten ist dabei: Die Weitergabe von Kosten ist in vielen Bereichen und Branchen aufgrund des harten Wettbewerbs schwierig oder unmöglich. Dies gilt insbesondere für Kleinbetriebe bis neun Mitarbeiter (66 Prozent ohne Maßnahmen zur Kostenweitergabe) sowie den Handel (64 Prozent).

Produktionseinschränkungen oder die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland aufgrund der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden Schritt für Schritt, insbesondere in der Industrie, umgesetzt: Der Anteil realisierter Projekte hat sich seit 2012 von zwei auf vier Prozent verdoppelt. Zudem überlegt jedes fünfte Industrieunternehmen einen solchen Schritt bzw. setzt diesen gerade um. Solche Projekte benötigen Zeit: Daher dürfte der Anteil realisierter Maßnahmen in den kommenden Jahren weiter wachsen.

¹² Die Werte sind nicht mit denen des Energiewendebarmeters 2012 vergleichbar, da die Kategorie „keine Bedeutung“ entfernt wurde. Bei der Kategorie Höhe der Strompreise ergibt sich eine Summe von 101 Prozent. Dies ist hier wie auch in anderen Abbildungen auf Rundungen zurückzuführen.

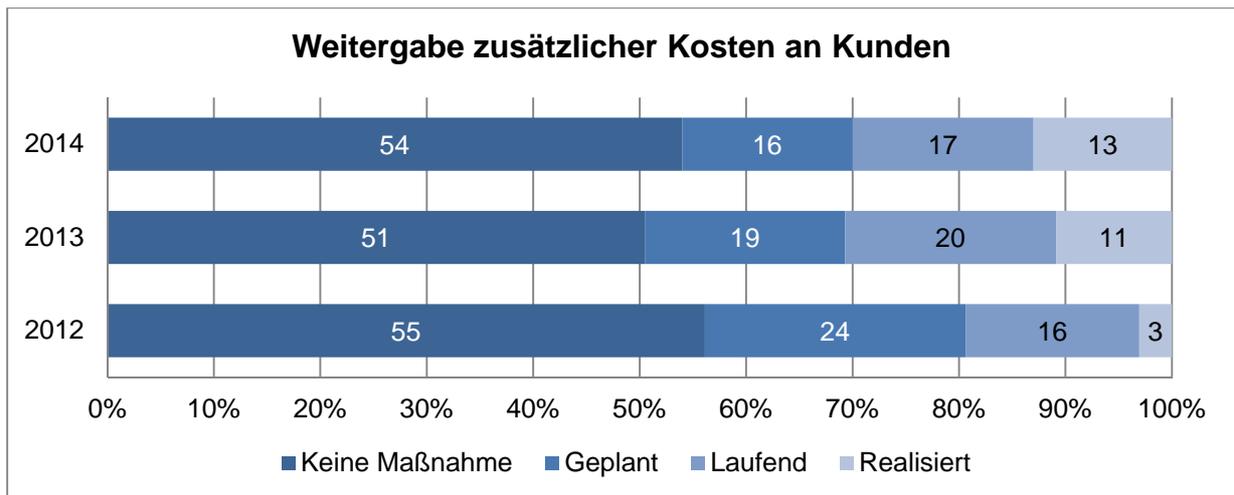


Abbildung 13: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

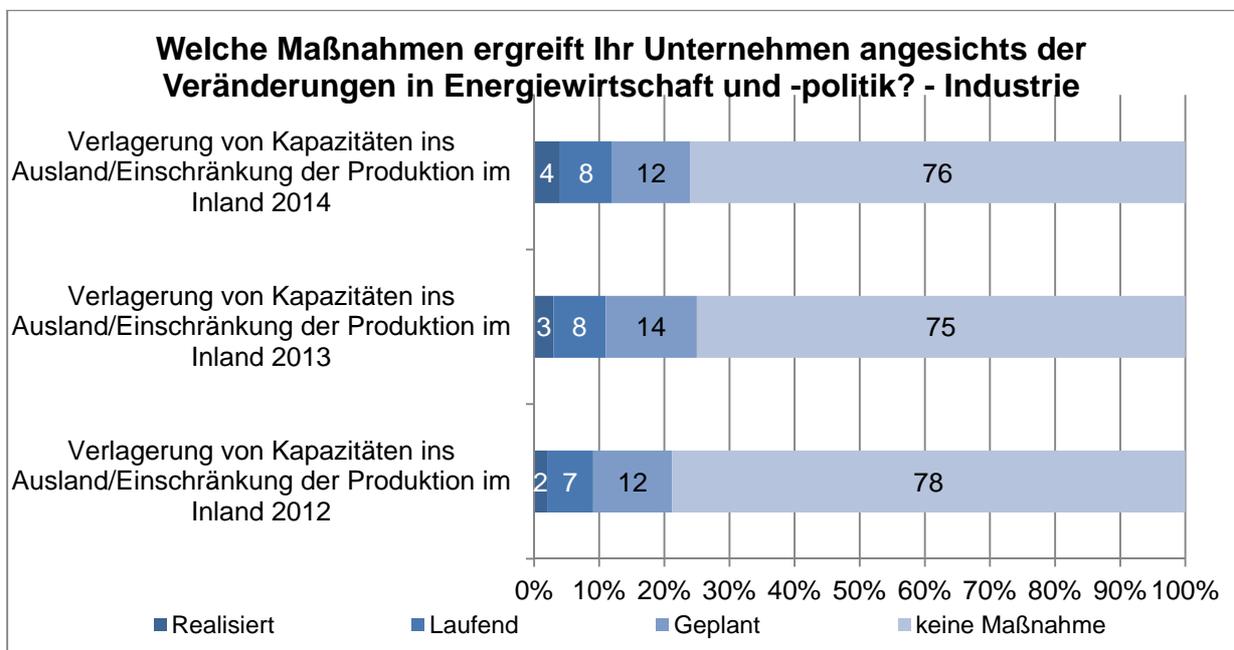


Abbildung 14: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Beispiel für Verlagerung aufgrund der Energiepreise:
 Die Firma Heinz Glas aus Piesau in Thüringen hat im zweiten Halbjahr 2013 eine ihrer beiden Elektroschmelzwannen nach Polen verlagert. Davon sind zwischen 80 und 120 Arbeitsplätze betroffen. Grund für die Verlagerung sind die betriebswirtschaftlich günstigeren Bedingungen, insbesondere die niedrigeren Strompreise. Derzeit denkt das Unternehmen darüber nach, die zweite Wanne ebenfalls zu verlagern.¹³

¹³ Quelle: Ostthüringer Zeitung vom 9. Juli 2014. Thüringische Landeszeitung vom 9. Juli 2014.

Energiepreise: Das fordert die Wirtschaft

Unverändert stark sind die Forderungen aus der Wirtschaft für eine Reform der Energiepolitik: Knapp zwei Drittel der Betriebe (64 Prozent) fordern von der Politik, Steuern und Abgaben auf den Strompreis zu reduzieren; knapp die Hälfte (47 Prozent) will Fördertatbestände und Sonderregelungen überprüfen lassen.

- Das EEG wurde zwar reformiert, dennoch ist von weiteren Kostensteigerungen auszugehen. Daher sollten Sonder- und Ausnahmeregeln zum Schutz energieintensiver Produktion in Deutschland beibehalten werden. Gleichzeitig sollten diese deutlich vereinfacht werden, um Bürokratie bei Energieversorgern und Begünstigten abzubauen.
- Um die Unternehmen im Strombereich kurzfristig zu entlasten und den Kostenanstieg zu dämpfen, sollte als Teil eines Bündels von Maßnahmen auch die Stromsteuer gesenkt werden.
- Weitere Umlagen oder Verschiebung von Kosten in die Netzentgelte sollten vermieden werden.
- Die regional unterschiedlich anfallenden Kosten für den im Rahmen der „Energiewende“ notwendigen Infrastrukturausbau und das nachfolgende Netzmanagement dürfen nicht zu Standortnachteilen in diesen Gebieten führen.

5. Versorgungssicherheit: Risiken für süddeutsche Unternehmen steigen

Die sichere Versorgung mit Energie ist zentrales Ziel der Energiepolitik. Sie ist gewährleistet, wenn genügend gesicherte **Kraftwerksleistung** zur Stromerzeugung einsatzbereit ist, die entsprechenden **Strom- und Gasnetze** zum Transport vorhanden sind und nicht zuletzt ausreichend **Brennstoffe** zur Verfügung stehen.

Um **Kraftwerksleistung** für alle Stunden des Jahres zu sichern, trat im Sommer 2013 die Reservekraftwerksverordnung in Kraft. Auf ihrer Basis nimmt die Bundesnetzagentur im Winter zusätzlich notwendige Reservekraftwerke¹⁴ unter Vertrag. Für den Winter 2014/15 ist der Reservebedarf von 3,1 Gigawatt nahezu gedeckt. Als weitere Vorkehrung gilt ein Stilllegungsverbot für als systemrelevante eingestufte Kraftwerke. Die bisher vom Abschaltverbot betroffenen Anlagen befinden sich allesamt in Süddeutschland. Das unterstreicht gerade im Hinblick auf die Stilllegung des Kernkraftwerkes Grafenrheinfeld in Nordbayern die Bedeutung ausreichender Kraftwerkskapazitäten für die Versorgungssicherheit. Laut Netzagentur kann diese trotz steigenden Reservebedarfs für den Winter 2015/16 ohne neue Anlagen gewährleistet werden. Dennoch wird der Bedarf an Winterreserve zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit in den kommenden Jahren weiter steigen.

Die Stabilität im **Übertragungsnetz** ist gleich geblieben. Die Zahl der Redispatchmaßnahmen setzte sich auf sehr hohem Niveau fort. Der zur Entspannung der Situation geplante Ausbau der Netze nach dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) stockt. Bis zum Ende des ersten Quartals 2014 sind nur ca. 352 km von 1.877 km neuer Leitungen fertiggestellt. Gleichzeitig müssen die im Bundesbedarfsplangesetz beschlossenen Stromtrassen zügig geplant und errichtet werden. Deutlich weniger öffentlich diskutiert ist das **Gas-Fernleitungsnetz**, dessen Ausbauswerpunkt ebenfalls in Süddeutschland liegen wird.

Die Versorgungssicherheit mit **Brennstoffen** – Erdgas sowie anderen fossilen Energieträgern – war in 2013 keiner Einschränkung unterworfen. Zum Frühjahr 2014 weisen die Gasspeicher insbesondere aufgrund des wetterbedingt geringeren Verbrauchs im Winter und einem gesunkenen Kraftwerksverbrauch einen hohen Füllstand auf. Zusätzlich zur bestehenden Speicherkapazität von 23 Mrd. m³ werden die in Bau bzw. in Planung befindlichen rund neun Mrd.³ die Versorgungssicherheit weiter erhöhen. Auch ein vollständiger Lieferausfall von russischem Erdgas aufgrund der Ukraine Krise könnte für den kommenden Winter kompensiert werden.

Wie nehmen die Unternehmen die Versorgungssicherheit wahr?

Die Sicherheit der Strom- und Gasversorgung ist in Deutschland weiterhin überdurchschnittlich. Die Nichtverfügbarkeit, der sog. SAIDI-Wert, sank 2013 leicht und betrug 15,32 Minuten pro Jahr. Er erfasst ungeplante Stromausfälle von mehr als drei Minuten Länge. Dieser gute Wert wird durch die Umfrage der IHK-Energieexperten nur teilweise bestätigt. Dominantes

¹⁴ Bundesnetzagentur Pressemitteilung.

Problem bleiben die Schwankungen der Stromspannung, die nicht von der offiziellen Statistik erfasst werden. 63 Prozent der Experten waren im vergangenen Jahr damit konfrontiert.

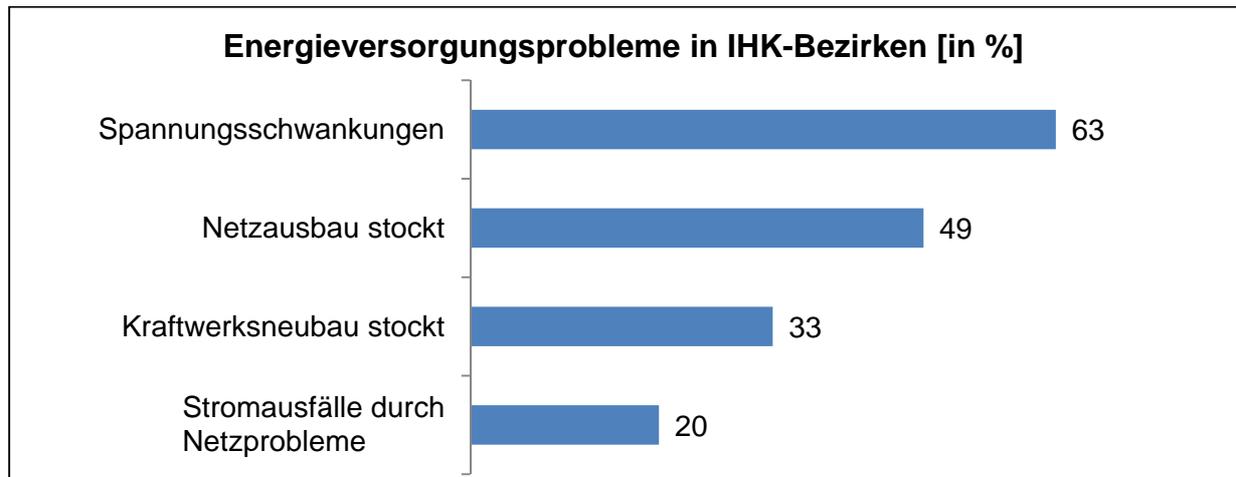


Abbildung 15: Probleme mit der Versorgungssicherheit in IHK-Bezirken. Mehrfachnennungen möglich. Quelle: Befragung IHK-Energieexperten.

Diese Aussagen stimmen mit der Wahrnehmung vieler Unternehmen überein, die skeptisch sind, was die Qualität der öffentlichen Versorgung betrifft. Jedes fünfte Unternehmen gibt auch in diesem Jahr an, dass die Bedeutung von Störungen der Stromversorgung noch einmal zugenommen hat. Unter den einzelnen Unternehmenskategorien ist die Industrie insbesondere in Süddeutschland¹⁵ deutlich sensibler für das Thema als der Unternehmensschnitt oder kleine Unternehmen.

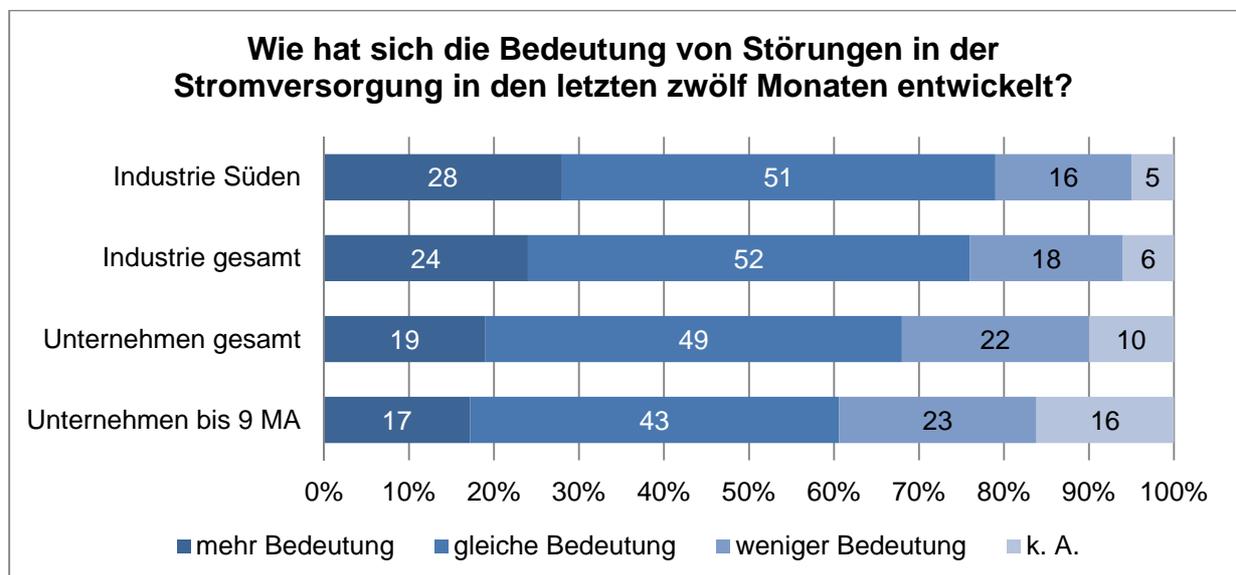


Abbildung 16: Probleme mit der Versorgungssicherheit in IHK-Bezirken. Mehrfachnennungen möglich. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Bei der Gasversorgung messen sieben Prozent der Unternehmen Störungen eine höhere Bedeutung zu als im Vorjahr. Ein Viertel sieht dagegen eine geringere Bedeutung. Dies ist möglicherweise auf die gute Versorgungslage im vergangenen Winter zurückzuführen. Die

¹⁵ Süden bzw. Süddeutschland umfasst die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern.

Ukrainekrise und die Debatte um ausbleibende Gaslieferungen spielte für die Unternehmen offensichtlich im Befragungszeitraum keine Rolle.

Versorgungssicherheit im Durchschnitt konstant: 20 Prozent mit Problemen

Die Wahrnehmung der deutschen Unternehmen spiegelt sich auch in den konkreten Erfahrungen wider. 20 Prozent der Unternehmen gaben an, dass sie in den vergangenen zwölf Monaten Probleme mit der Versorgungssicherheit hatten (2013: 19 Prozent). Stromausfälle von mehr als drei Minuten sind gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, während die Unterbrechungen von weniger als drei Minuten um einen Prozentpunkt auf 17 Prozent anstiegen. Für die bisher nicht erfassten kürzeren Ausfälle sollte eine entsprechende Statistik aufgebaut werden, um deren Bedeutung für die Versorgungssicherheit angemessen darzustellen. Lieferunterbrechungen bei Erdgas reflektieren mit einem Prozent die allgemein sichere Versorgungslage sowohl im Netz als auch bei Brennstoffen.

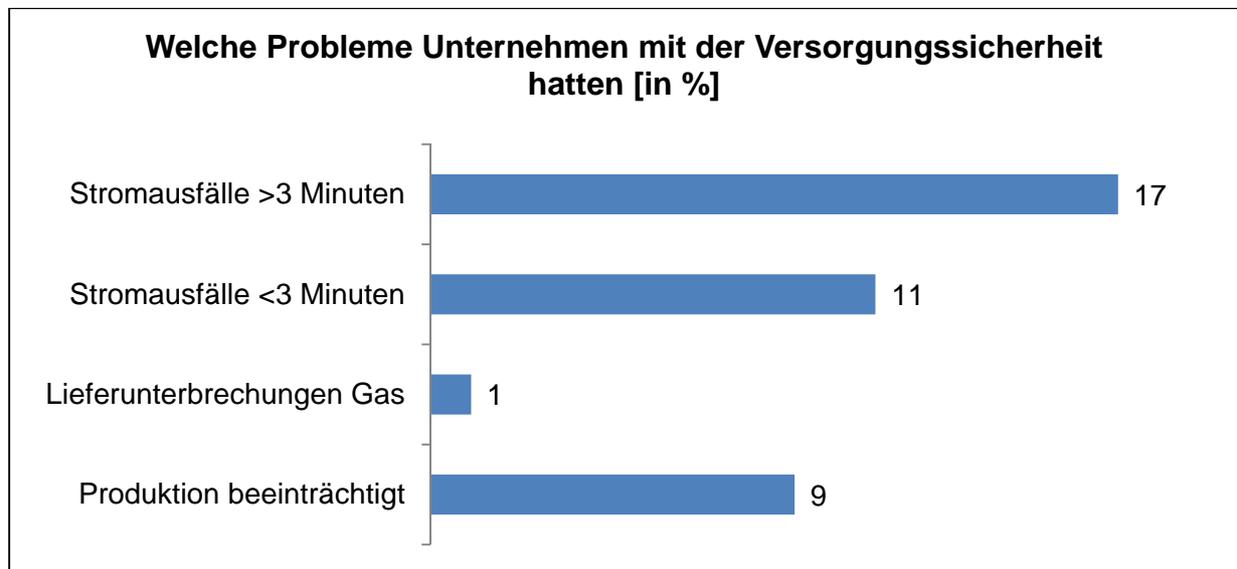


Abbildung 17: Probleme mit der Versorgungssicherheit. Mehrfachnennungen möglich. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Jeder dritte Industriebetrieb im Süden hat Probleme mit der Versorgungssicherheit

Der Blick in die Industrie und insbesondere nach Süddeutschland zeigt eine deutlich angespanntere Lage. 35 Prozent der Industrieunternehmen im Süden vermelden für die letzten zwölf Monate konkrete Probleme (2013: 33 Prozent). Diese Entwicklung ist zusätzlich bedenklich, weil die Herausforderungen für die Versorgungssicherheit in den kommenden Jahren mit der sukzessiven Abschaltung der Kernkraftwerke anwachsen.

Die IHK Schwaben führt mit 14 Industrieunternehmen ein regelmäßiges Monitoring der Stromausfälle durch. Demnach treten Störungen unter drei Minuten dreimal so häufig auf wie solche über drei Minuten. Der wirtschaftliche Schaden für die vierzehn Unternehmen betrug 2013 immerhin 73.000 Euro (vgl. Abbildung 19).

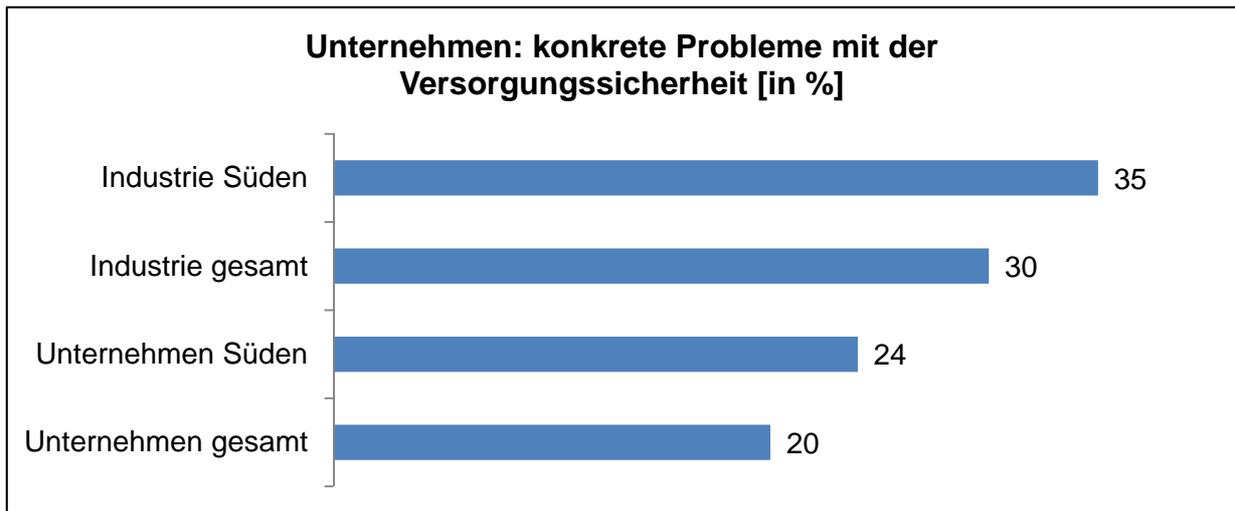


Abbildung 18: Probleme mit der Versorgungssicherheit. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Den Schwerpunkt bilden Stromausfälle von weniger als drei Minuten, von denen 29 Prozent berichten. Entsprechend war fast jeder vierte süddeutsche Industriebetrieb (23 Prozent) mit Beeinträchtigungen der Produktion konfrontiert. Bundesweit gaben nur 9 Prozent an, dass ihre Produktion bzw. Leistungserstellung durch den Versorgungsausfall gestört wurde. Insofern ist klar, dass die Zuverlässigkeit von Strom- und Gaslieferungen in Süddeutschland besonderes Augenmerk in den politischen Maßnahmen erhalten muss. Die Kosten eines potenziellen Schadens durch ausgefallene Strom- und Gaslieferungen machen es für viele Unternehmen zu einer Notwendigkeit, sich mit Vorsorgemaßnahmen auseinanderzusetzen. Jedoch sind solche Vorsorgemaßnahmen nur begrenzt möglich.

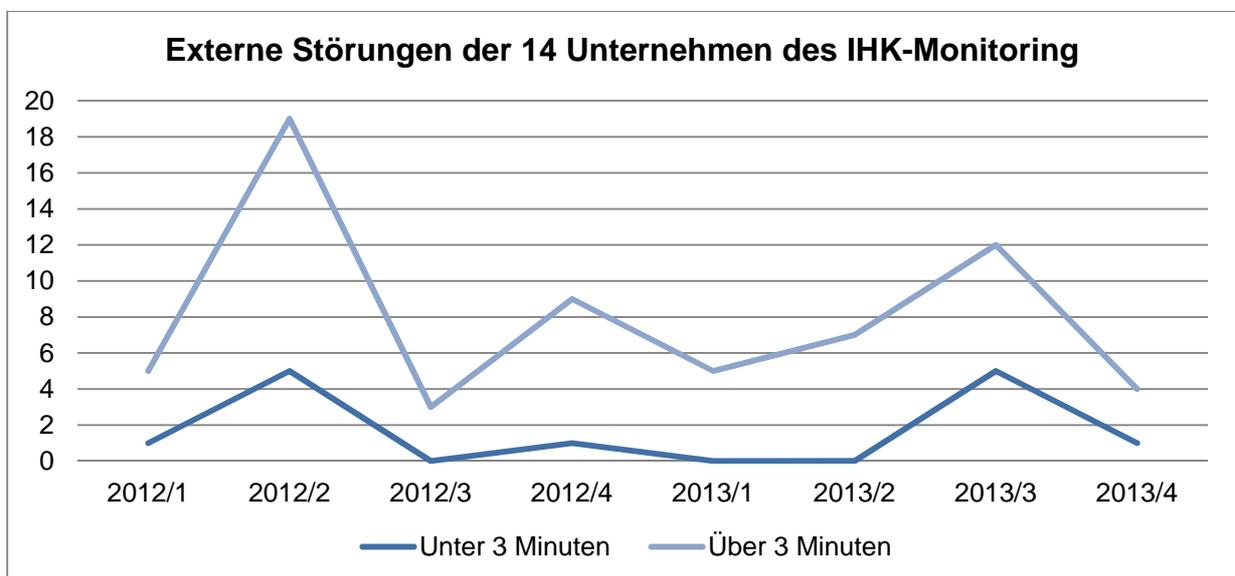


Abbildung 19: Probleme mit der Versorgungssicherheit. Quelle: IHK-Schwaben.

Welche Folgen ein Stromausfall haben kann, zeigt ein Beispiel vom 08.06.2014 aus Bremen: Aufgrund des Stromausfalls in der Druckerei konnte die Sonntagsausgabe des Weser Kurriers nicht wie gewohnt bis um 8:30 Uhr den 150.000 Abonnenten zugestellt werden. Wäh-

rend einige Kunden die Zeitung am späten Nachmittag in Händen hielten, konnten andere Leser überhaupt nicht versorgt werden.¹⁶

Versorgungsausfall – Unternehmen wollen sich weiterhin absichern

Absicherungen gegen Stromausfälle stehen bei den Unternehmen hoch im Kurs: 17 Prozent planen eine Maßnahme oder setzen diese gerade um. Die Quote von Unternehmen, die bereits entsprechende Maßnahmen realisiert haben, steigt kontinuierlich an: Auf 28 Prozent in 2014 (2013: 26 Prozent, 2012: 22 Prozent). Nachdem in den vergangenen beiden Jahren die Industrie die Quote realisierter Projekte getrieben hat, wird der Zuwachs an Absicherungsmaßnahmen unter anderem vom Handelssektor getragen. Der Anteil von Betrieben, die sich gegen Stromausfälle gewappnet haben, sprang von 20 auf 26 Prozent. Am Gefälle zwischen kleinen und großen Unternehmen hat sich substantziell nichts verändert.

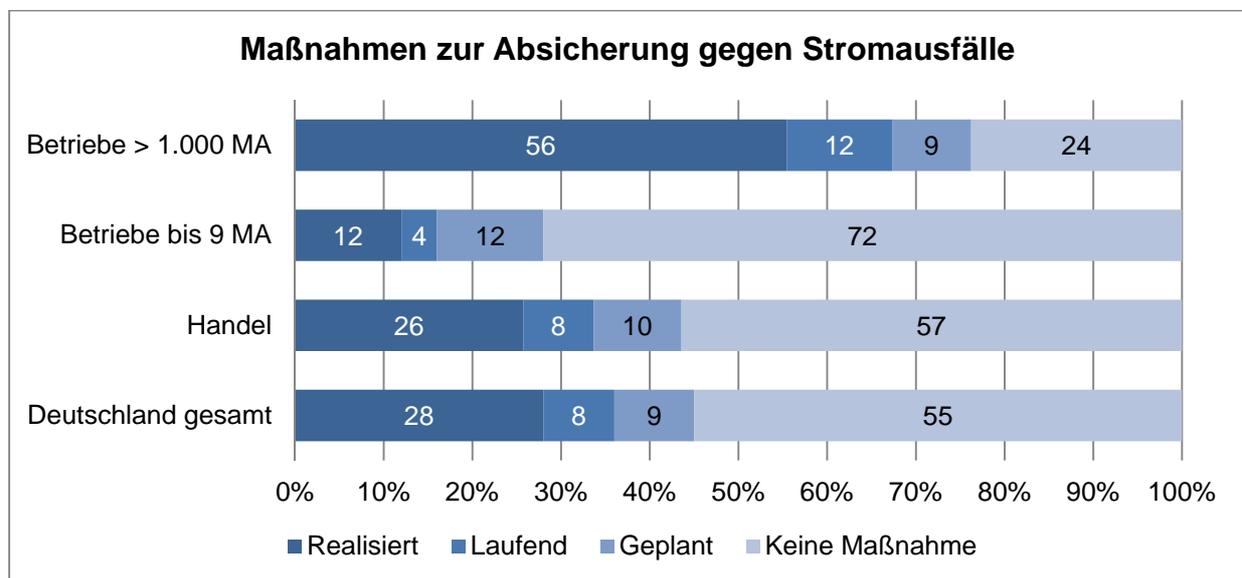


Abbildung 20: Absicherung gegen Stromausfälle. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

¹⁶ Quelle: Radio Bremen.

Versorgungssicherheit: Das fordert die Wirtschaft

Die meistgeforderte Maßnahme der Betriebe ist wie im Vorjahr mehr politische Unterstützung für den Netzausbau (72 Prozent). Große Zustimmung (61 Prozent) gibt es zudem für die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das sehen auch die IHK-Energieexperten so. Der Ruf nach politischer Unterstützung für den Netzausbau ist mit 95 Prozent die meistgenannte Forderung. Hintergrund ist auch die konkrete Erfahrung einer Mehrheit der IHK-Vertreter (64 Prozent), die aus ihren Regionen von größeren in Bau oder Planung befindlichen Netzausbauprojekten berichteten. Maßnahmen für mehr Versorgungssicherheit stehen damit neben der Preisentwicklung ganz oben auf der Agenda der deutschen Wirtschaft.

- Zur Entspannung der Situation und für den weiterhin ansteigenden Transportbedarf von Nord nach Süd ist es unerlässlich, dass die Vorhaben vorangetrieben werden. Insbesondere sollte die Südwestkuppelleitung (sog. Thüringer Strombrücke) bis Ende 2015 fertig gestellt werden.
- Stromausfälle unter drei Minuten erfassen, um belastbare Aussagen über die Versorgungssicherheit zu erhalten.
- Versorgungsqualität (Spannungsschwankungen) als Aspekt der Versorgungssicherheit berücksichtigen.
- Europäischen Gasmarkt voranbringen und europäische Infrastrukturprojekte unterstützen inkl. Anbindung an europäische LNG-Infrastruktur.
- Heimische Energieträger in Strategie der Versorgungssicherheit stärker berücksichtigen.
- Ausschreibung von Reservekraftwerken marktwirtschaftlich weiterentwickeln.

6. Unternehmen setzen Energiewende um

Die Wirtschaft reagiert auf die hohen Energiepreise und Bedenken hinsichtlich der Versorgungssicherheit: Immer mehr Unternehmen setzen auf ein strategisches Energiemanagement und setzen dadurch die Energiewende um. Dazu gehören in erster Linie eine Optimierung der eigenen Beschaffungsstrategie, Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die Absicherung gegen Versorgungsunterbrechungen sowie der Aufbau einer (teilweisen) Eigenversorgung.

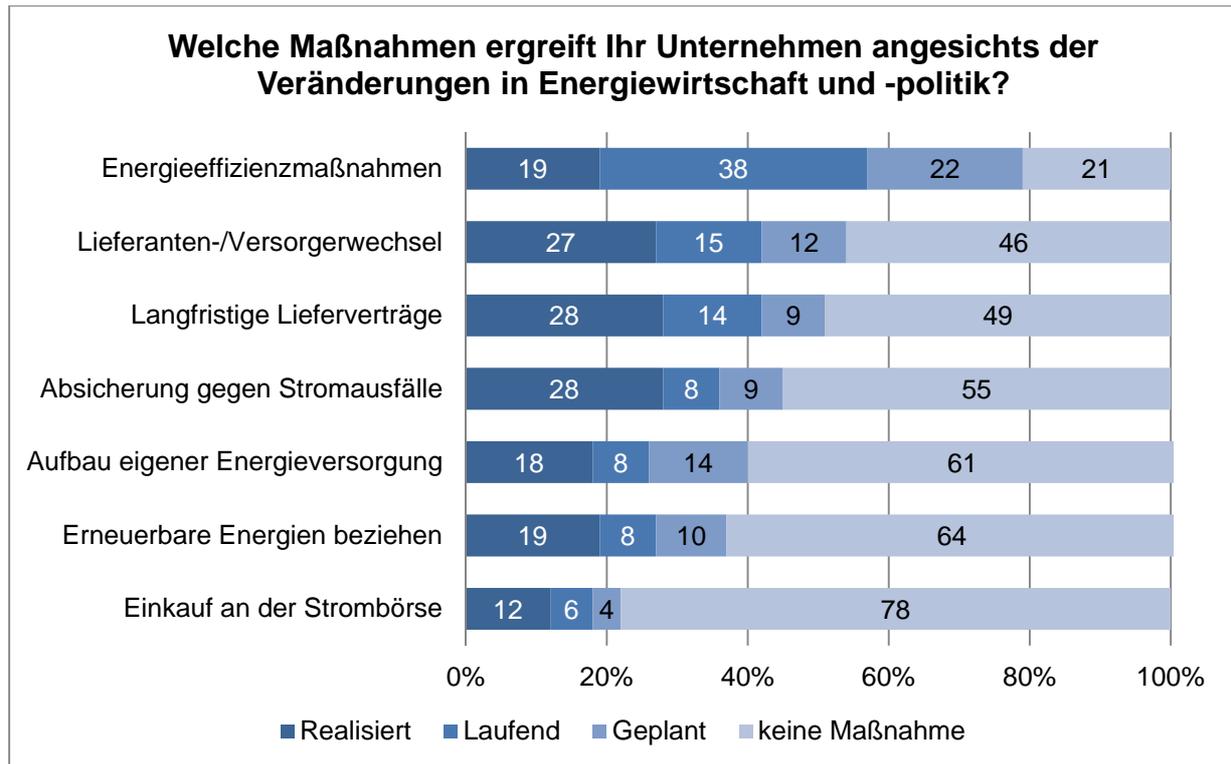


Abbildung 21: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Unternehmen optimieren ihren Energieeinkauf

Mit der Energiewende haben viele Unternehmen ihre Beschaffungsstrategie neu aufgestellt. Sie schließen mehr langfristige Verträge, wechseln häufiger den Lieferanten und sind öfter an der Strombörse aktiv. Inzwischen wollen weniger Unternehmen langfristige Lieferverträge abschließen als 2013. Dies gilt auch für den Vergleich 2013 mit 2012. Sie erhoffen sich durch eine häufigere Überprüfung ihrer Beschaffungsstrategie regelmäßig bessere Konditionen erreichen zu können. Die Entwicklung der Preise an der Strombörse gibt ihnen derzeit Recht (vgl. Kapitel 4). Analog dazu stieg auch der Anteil der Betriebe, die selbst direkt Strom an der Börse beschaffen von 10 auf 12 Prozent.

Energieversorgern bietet sich die Chance, wechselwillige Unternehmen für sich zu gewinnen. Das zeigt die weiterhin hohe Wechselbereitschaft von 54 Prozent der Unternehmen. Spitzenreiter ist die Industrie mit 61 Prozent, weil sie besonders unter hohen Strompreisen leidet. Für die Zukunft scheint die Strategie, die Beschaffung zu optimieren, in den meisten

Fällen ausgereizt zu sein. Das zeigen einerseits die geringen Zuwächse an realisierten bzw. in Umsetzung befindlichen Maßnahmen. Andererseits sind auch geplante Maßnahmen rückläufig.

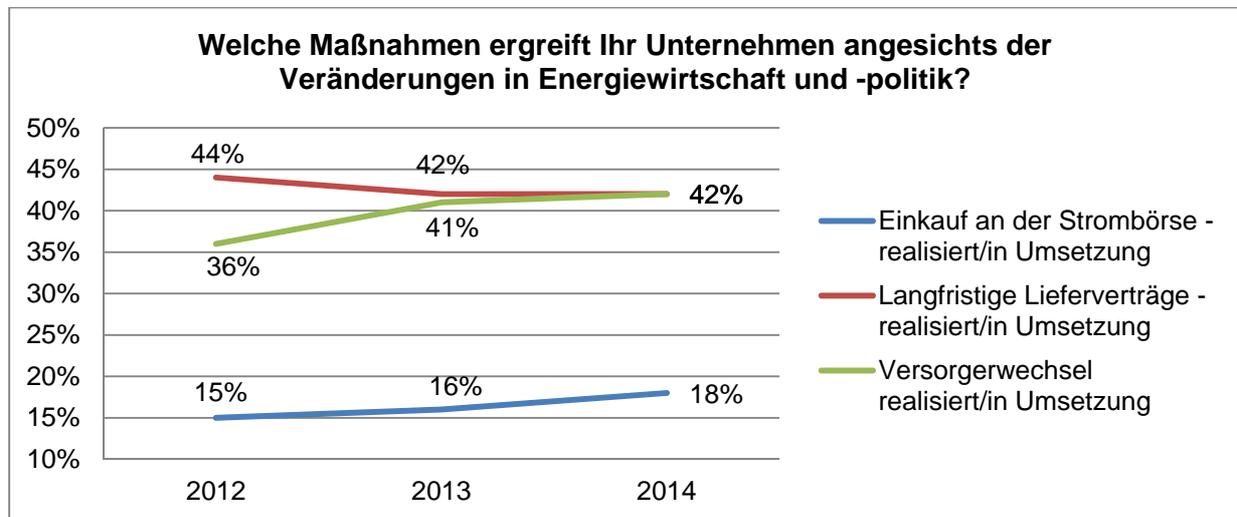


Abbildung 22: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Grünstrom trifft auf Nachfrage in den Unternehmen

Immer mehr Unternehmen ist es nicht nur wichtig, dass der Strom verlässlich und zu angemessenen Preise verfügbar ist, sondern auch, dass er erneuerbar ist. Mittlerweile bezieht knapp jeder fünfte Betrieb Ökostrom (19 Prozent). 2012 hatte dieser Anteil erst bei 10 Prozent gelegen. Fast genauso viele Unternehmen haben Projekte in der Umsetzung oder planen den Bezug von Grünstrom. Die grüne Eigenschaft des Stroms ist für viele Betriebe trotz meist höherer Kosten ein Kriterium bei der Wahl ihres Anbieters. In den vergangenen Jahren hat sich eine stabile Nachfrage nach grünem Strom entwickelt.

Die Bereitschaft, grünen Strom zu kaufen, ist in allen Branchen fast gleichstark ausgeprägt: Die Spanne reicht von 17 Prozent bei Handelsunternehmen bis hin zu 20 Prozent bei Dienstleistungsunternehmen. Bei großen Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern ist die Bereitschaft besonders deutlich. Für drei von zehn Unternehmen (29 Prozent) gehört regenerativer Strom bereits zum Portfolio. Für viele Großbetriebe gehört der Einkauf von grünem Strom damit mittlerweile zur eigenen Nachhaltigkeitsstrategie und -berichterstattung, die auch für die Behauptung im Wettbewerb zunehmendes Gewicht hat.

Ein Drittel der Unternehmen ist bereit, gegenüber einem Graustromtarif mehr für erneuerbaren Strom (EE-Strom) zu bezahlen. Am höchsten ist die Zahlungsbereitschaft bei Dienstleistungsunternehmen (39 Prozent), am geringsten in der Industrie. Doch auch dort kann sich mehr als jedes fünfte Unternehmen vorstellen, für Ökostrom mehr zu bezahlen. Da die Industrie in aller Regel deutlich höhere spezifische Stromkosten hat als ein Dienstleister ist dieser Befund auch nicht überraschend. Als Faustformel gilt: Je höher die Stromintensität, desto geringer die zusätzliche Zahlungsbereitschaft für Grünstrom. Kleine Betriebe bis 19 Mitarbeiter weisen die größte Zahlungsbereitschaft auf (43 bzw. 45 Prozent). Doch auch bei den großen Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern kann sich deutlich mehr als ein Viertel der Unternehmen vorstellen, für zertifizierten Grünstrom eine höhere Stromrechnung in Kauf

zu nehmen. Die Vergabe von Herkunftsnachweisen an neue EE-Anlagen könnte diese Nachfrage decken und Absatzmöglichkeiten für regional erzeugten erneuerbaren Strom jenseits der EEG-Förderung schaffen.

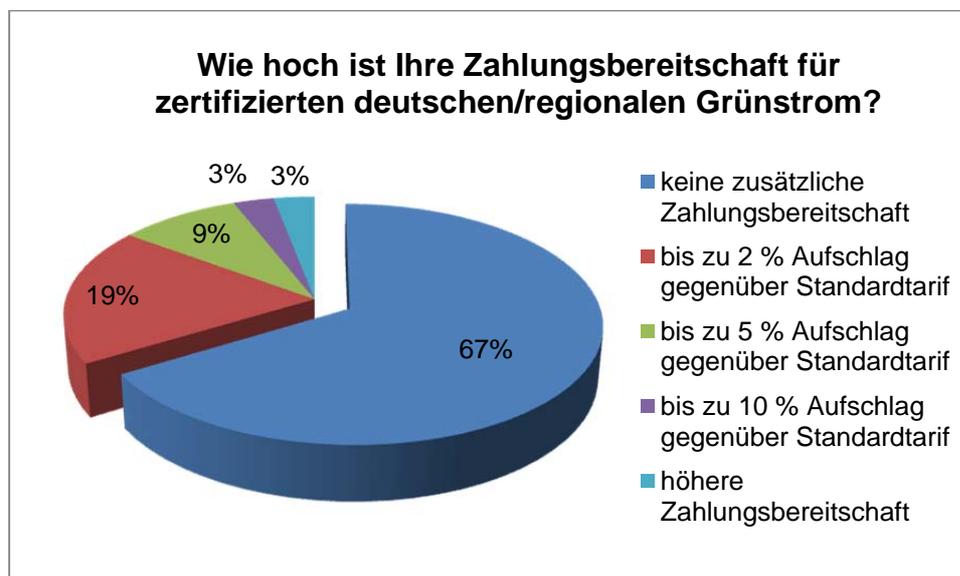


Abbildung 23: Zahlungsbereitschaft für Grünstrom: DIHK-Unternehmensbefragung.

Die Grünstromvermarktung wird attraktiver: E.ON steigt unter dem Namen „NaturEnergie“ in den Vertrieb von deutschem Grünstrom für Großkunden ein. Mindestens 60 Prozent stammt aus firmeneigenen EE-Anlagen, je zur Hälfte aus deutscher Wasserkraft und Wind. Der Rest kommt aus norwegischer Wasserkraft.¹⁷

Eigenversorgung: Zeichen deuten auf Abkühlung

In den vergangenen beiden Jahren gab es einen Trend Richtung Eigenversorgung. Für viele v. a. mittelständische Industrieunternehmen ist Eigenerzeugung eine wirtschaftliche Notwendigkeit, um im Wettbewerb weiterhin bestehen zu können. Die deutschen Strompreise sind für viele Branchen zu hoch, als dass die Unternehmen auf diese Option verzichten könnten. Dazu kommen die Bedenken hinsichtlich der langfristigen Versorgungssicherheit und die positiven Auswirkungen auf die Flexibilität.¹⁸

Mittlerweile haben 18 Prozent der Unternehmen Maßnahmen umgesetzt. Der weiterhin hohe Anteil an Maßnahmen in der Umsetzung kann sich durch einen Vorzieheffekt erklären: Seit Verabschiedung des Koalitionsvertrags und der Vorlage der Eckpunkte zur EEG-Novelle im Januar war bereits klar, dass neue Eigenerzeugungsanlagen in Kürze mit EEG-Umlage belegt werden. Daher werden viele Unternehmen versucht haben, Projekte schneller zu realisieren, um in den Genuss des Bestandsschutzes zu kommen.

¹⁷ <http://www.presseportal.de/pm/109984/2813208/naturenergie-e-on-baut-oekostrom-angebot-fuer-grosskunden-aus-60-prozent-der-herkunftsnachweise-aus>

¹⁸ Zu Motiven der Unternehmen, auf Eigenstrom zu setzen, vgl. DIHK-Faktenpapier Eigenerzeugung. <http://www.dihk.de/presse/meldungen/2014-04-04-faktenpapier-strom>

Geplante Maßnahmen sind um zwei Prozentpunkte gesunken. Dies kann ebenfalls mit der Neuregelung des EEG zusammenhängen. Die Frage, wie viele Projekte tatsächlich aufgegeben werden, kann derzeit aber noch nicht beantwortet werden. Ob der Trend zur Eigenerzeugung weiter anhalten wird, bleibt abzuwarten. Die Daten deuten jedenfalls auf eine Abkühlung hin.

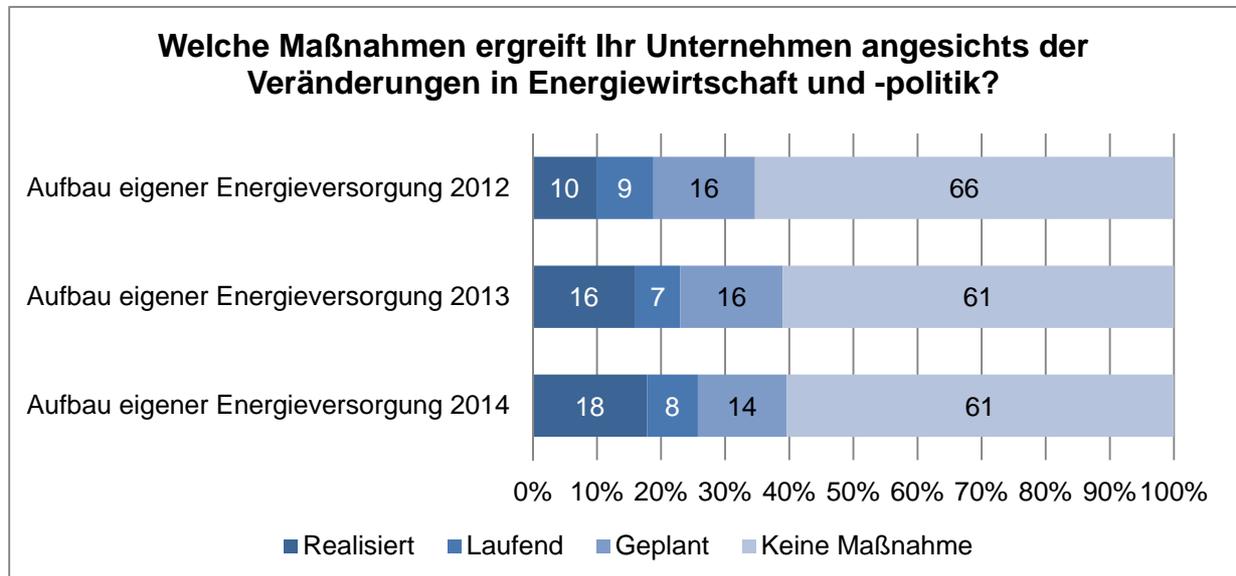


Abbildung 24: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Während im Bereich der erneuerbaren Eigenerzeugung die Anzahl der umgesetzten Maßnahmen gleichgeblieben ist, stieg sie im Bereich der konventionellen Eigenerzeugung um zwei Prozentpunkte. Dies deutet darauf hin, dass vor allem künftige Betreiber konventioneller Anlagen schon seit längerem mit einer Belastung mit EEG-Umlage für neue Anlagen rechnen und daher Projekte schnell umgesetzt wurden.

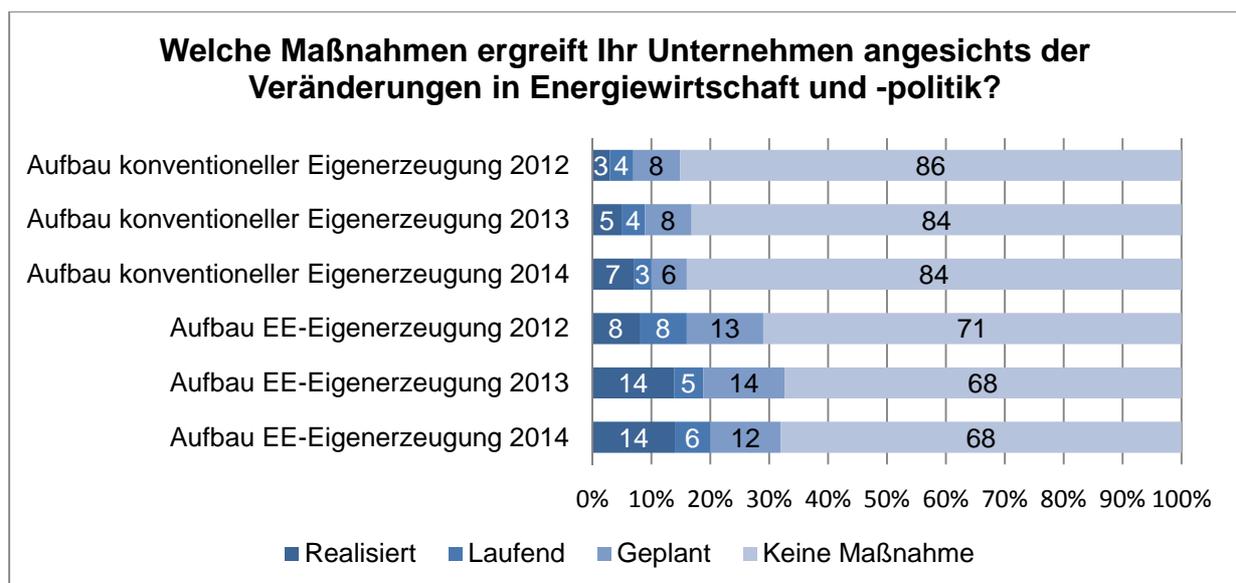


Abbildung 25: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Die Entwicklung im Bereich der Eigenerzeugung geht verstärkt in Richtung erneuerbare Energien und dabei insbesondere in Richtung Photovoltaik. Dazu spielt auch die KWK eine wichtige Rolle. Beide sind als dezentrale Erzeugungsarten gut in den Lastgang von Unternehmen integrierbar. Photovoltaik hat z. B. gegenüber der Windenergie den Vorteil, dass deutlich weniger Genehmigungen im Vorfeld eingeholt werden müssen und das Investitionsvolumen geringer und die Amortisationszeit meist kürzer ist.

Fast jedes dritte Unternehmen befasst sich mit erneuerbaren Energien. Das Ziel der Energiepolitik, den Wettbewerb bei der Erzeugung auch insoweit zu fördern, ist also in hohem Maße erreicht. Unternehmen, die den erzeugten Strom aus erneuerbaren Quellen lieber selber nutzen, als sich unter Nutzung einer garantierten Einspeisevergütung in das öffentliche Netz einzuspeisen, entlasten dadurch die EEG-Umlage und damit die übrigen Stromkunden.

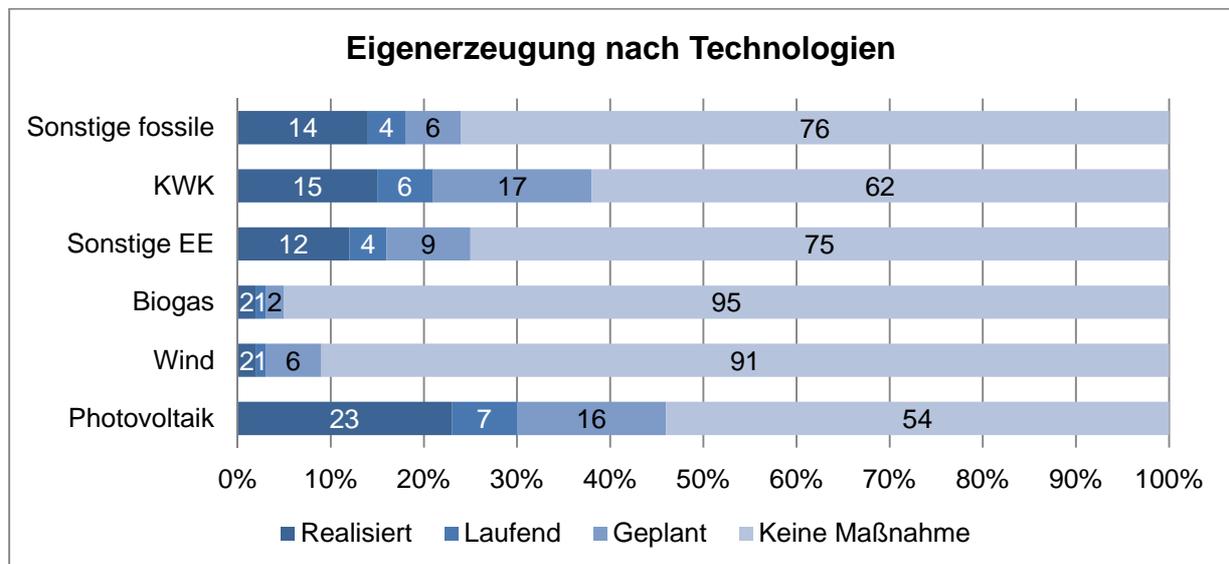


Abbildung 26: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung. Mehrfachnennung möglich.

Bei den Anteilen des in Eigenerzeugung gewonnenen Stroms im Verhältnis zum Gesamtstromverbrauch fällt auf, dass die allermeisten Unternehmen ihren Strom zu weniger als zehn Prozent selbst produzieren. Dies ist durch den hohen Anteil an PV-Strom zu erklären, der ja überwiegend in den Mittagsstunden anfällt. Nur ca. jedes sechste Unternehmen mit Eigenerzeugung erreicht einen Anteil von über 30 Prozent. Dieser Anteil könnte auf ein knappes Fünftel steigen, wenn die Firmen alle Projekte realisieren. Dennoch: Eigenerzeugung ist für die allermeisten Unternehmen nur eine Ergänzung zum Bezug aus dem öffentlichen Netz.

Bei den konventionellen Energieträgern überrascht der Vorsprung der KWK nicht: Viele Unternehmen benötigen gleichzeitig Strom und Prozesswärme und können beides mit einer Anlage produzieren. Zudem kann eine KWK-Anlage passend zu den Strom- und Wärmebedarfen eines Unternehmens dimensioniert werden. Auch kann bei geringerem Wärmebedarf mehr Strom produziert werden und umgekehrt, sodass solche Anlagen den Unternehmen auch eine Flexibilität in gewissem Rahmen ermöglicht.

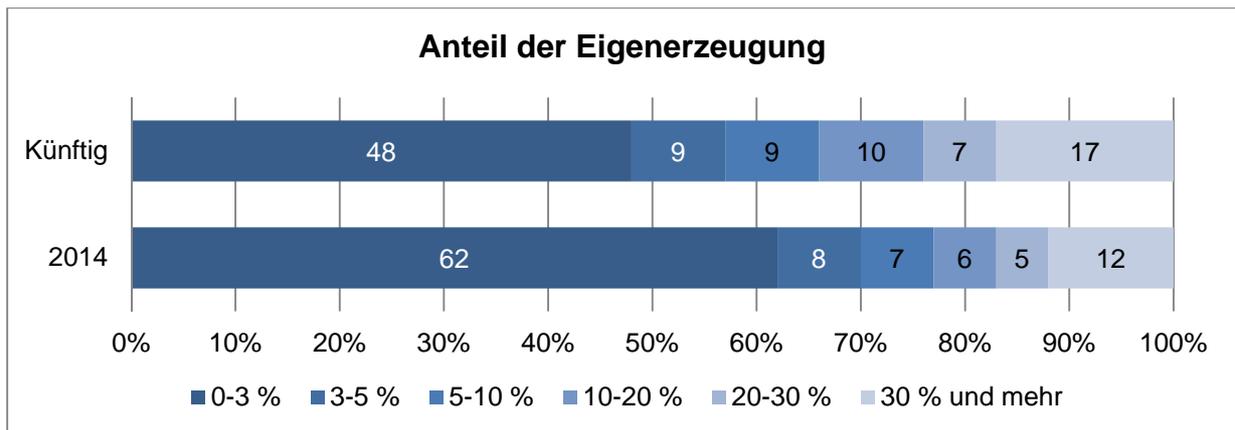


Abbildung 27: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

2014 deckte weniger als ein Viertel der Unternehmen mehr als 10 Prozent des Stromverbrauchs aus eigenen Anlagen ab. Die Unternehmen planen aber, den Eigenversorgungsanteil anzuheben. Tatsächlich lohnen sich Investitionen in Eigenerzeugungsanlagen in den meisten Unternehmen vor allem dann, wenn es gelingt, einen möglichst hohen Anteil des erzeugten Stroms selbst zu nutzen. Eigenerzeugungsanlagen werden daher, unabhängig von der genutzten Technologie, stets so dimensioniert und technologisch ausgelegt, dass die eigenen Potenziale zur Einbindung des erzeugten Stroms möglichst optimal genutzt werden können.

Energieeffizienz ist fester Bestandteil unternehmerischen Handelns

Energieeffizienz soll als zweite Säule der Energiewende stärker in den Fokus der politischen Rahmensetzung rücken. Bei allen Plänen seitens der Politik sollte beachtet werden, dass die deutschen Unternehmen schon seit einigen Jahren dieses Thema intensiv bearbeiten und vielfältige Aktivitäten zur Steigerung der eigenen Energieeffizienz und zur Senkung des Energieverbrauchs umsetzen.¹⁹ So ist mit 79 Prozent der Unternehmen ein gleichbleibend hoher Anteil in der Planung beziehungsweise Umsetzung von Effizienzmaßnahmen aktiv. Im Industriebereich geben sogar neun von zehn Unternehmen an, dass sie Maßnahmen planen, derzeit umsetzen oder bereits umgesetzt haben.

Dabei nimmt in allen Sektoren die Zahl der Unternehmen, die bereits Maßnahmen umgesetzt haben, kontinuierlich zu und liegt in der Erhebung 2014 bei 19 Prozent und somit zwei Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Den größten Sprung gibt es von 15 auf 22 Prozent im Bau-Sektor. Der Anteil der Unternehmen, bei denen sich Effizienzmaßnahmen aktuell in der Umsetzung befinden, fiel leicht von 38 auf 37 Prozent. Der Anteil der Unternehmen mit geplanten Maßnahmen ist ebenfalls leicht von 24 auf 22 Prozent abgesunken. Verbunden mit der weiterhin hohen Bedeutung, die Unternehmen der Höhe der Energiepreise beimessen (siehe Kapitel 4), deutet dies darauf hin, dass ein nicht zu unterschätzender Teil der wirtschaftlich zu realisierenden Effizienzmaßnahmen bereits umgesetzt worden ist.

¹⁹ Mit dem Unterschied zwischen Effizienz und Einsparung befasst sich u. a. das DIHK-Faktenpapier Energieeffizienz.
<http://www.dihk.de/pflege/presse/meldungen/2014-08-07-faktenpapier-energieeffizienz>

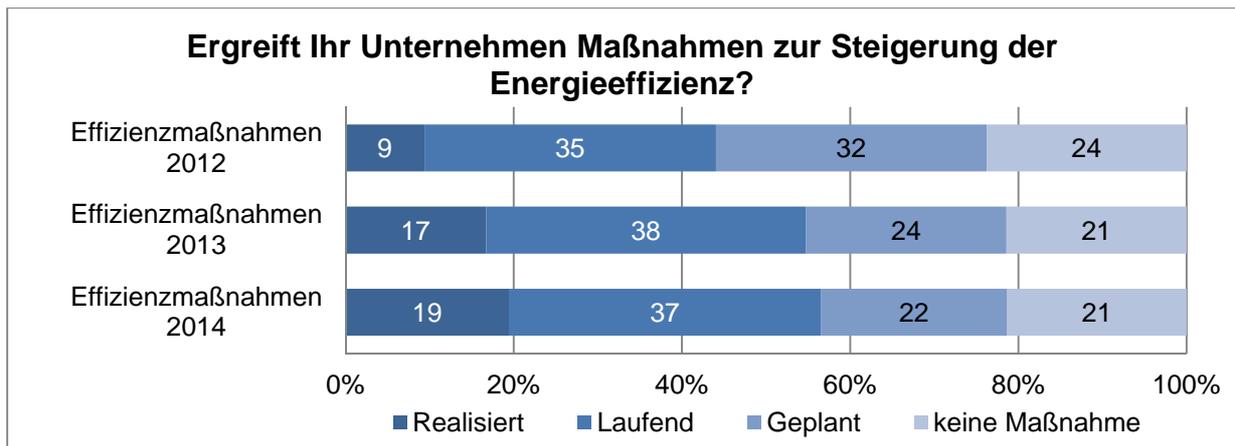


Abbildung 28: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Diese Aktivitäten der Unternehmen sind zum einen begründet durch erzielbare Kostensenkungen. Die mögliche Kostenersparnis ist auch ein in diesem Jahr genannter, wichtiger Faktor für die Unternehmen. 85 Prozent sehen in den kommenden fünf Jahren Einsparpotenziale im Energieverbrauch. 30 Prozent der Unternehmen geben ein Potential von zwei bis fünf Prozent an. Ein weiteres Drittel der Unternehmen benennt sogar Potenziale von mehr als fünf Prozent. Insgesamt sehen mehr als zwei Drittel der Unternehmen (68 Prozent) eine Einsparquote von maximal fünf Prozent; dies entspricht in etwa ein Prozent im Jahr. Wirtschaftlich erschließbare Potenziale sind also in vielen Unternehmen vorhanden, sie bewegen sich aber bei den meisten im Rahmen des normalen jährlichen Effizienzfortschritts.

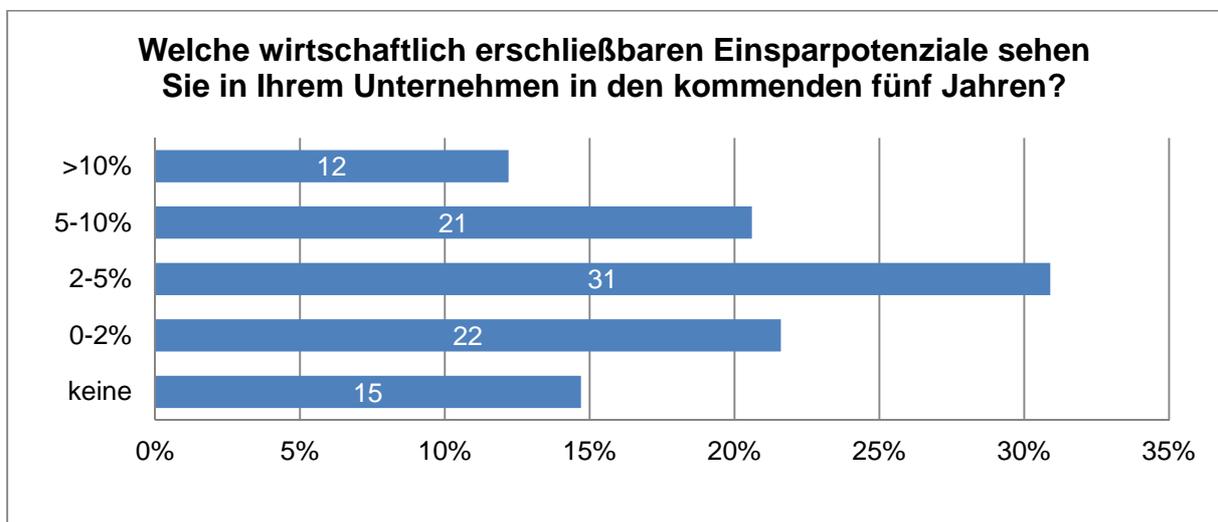


Abbildung 29: Einsparpotenziale der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Zum anderen bestehen gesetzliche Vorgaben, wie sie sich beispielsweise aus den Anforderungen zur Erlangung des Spitzenausgleichs bei der Strom- und Energiesteuer ergeben. Um den Spitzenausgleich auch künftig in voller Höhe zu erhalten, muss die Gesamtheit des produzierenden Gewerbes die Energieintensität jährlich um 1,3 Prozent verbessern. Zu den unternehmensindividuellen Voraussetzungen gehört für KMU die schrittweise Einführung eines Umweltaudits. Größere Unternehmen müssen bis 2015 ein Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 bzw. ein Umweltmanagementsystem gemäß EMAS einführen.

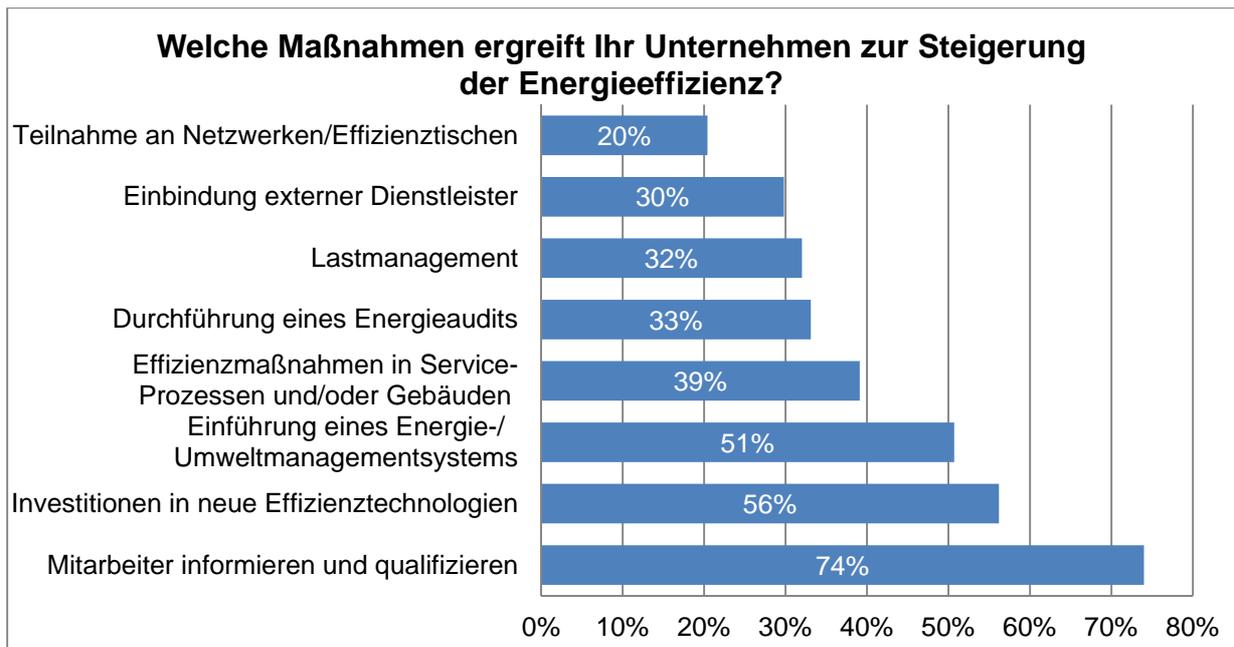


Abbildung 30: Effizienzmaßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Jedes zweite Unternehmen strebt die Einführung eines Umwelt- oder Energiemanagementsystems an. Etwas mehr (56 Prozent) planen Investitionen in neue Effizienztechnologien. Den Spitzenplatz unter den genannten Maßnahmen bildet die bessere Information und Qualifikation der Mitarbeiter, was auch bei der Einführung von Managementsystemen entscheidende Punkte sind. Hier werden drei Viertel der Unternehmen Maßnahmen umsetzen. Die IHKs vor Ort unterstützen entsprechende Maßnahmen bereits seit Jahren durch zahlreiche Seminar- und Weiterbildungsangebote wie den Lehrgang zum Energiemanager IHK oder Energiebeauftragten IHK. Auch das Azubiprojekt im Rahmen der Mittelstandsinitiative Energiewende trägt dazu bei. Die Azubis tragen als Energiescouts in ihren Betrieben zum Energiesparen bei.²⁰

Weiterhin lohnt auch ein Blick in die erfassten Sektoren Industrie, Handel, Dienstleistungen und Bau. Diese weisen durchaus Unterschiede im Antwortverhalten auf und erlauben Rückschlüsse auf mögliche Ansatzpunkte für die passgenaue Ansprache und bedarfsorientierte Unterstützung der Unternehmen.

Die Sektoren Industrie und Handel stechen hervor: Der Anteil der Unternehmen aus der Gruppe Handel, die ein Einsparpotenzial von mindestens fünf Prozent sehen, liegt mit knapp 40 Prozent über dem Durchschnitt aller Sektoren. Zudem sind drei Viertel der Unternehmen in der Maßnahmenplanung oder -umsetzung aktiv. Ein Zeichen, dass trotz der im Vergleich geringen Energiekostenanteile eine hohe Sensibilität für Fragen des effizienten und kostensparenden Energieeinsatzes besteht.

²⁰ <http://www.mittelstand-energiewende.de/mie-vor-ort/qualifizierung-von-azubis-zu-energie-scouts/>

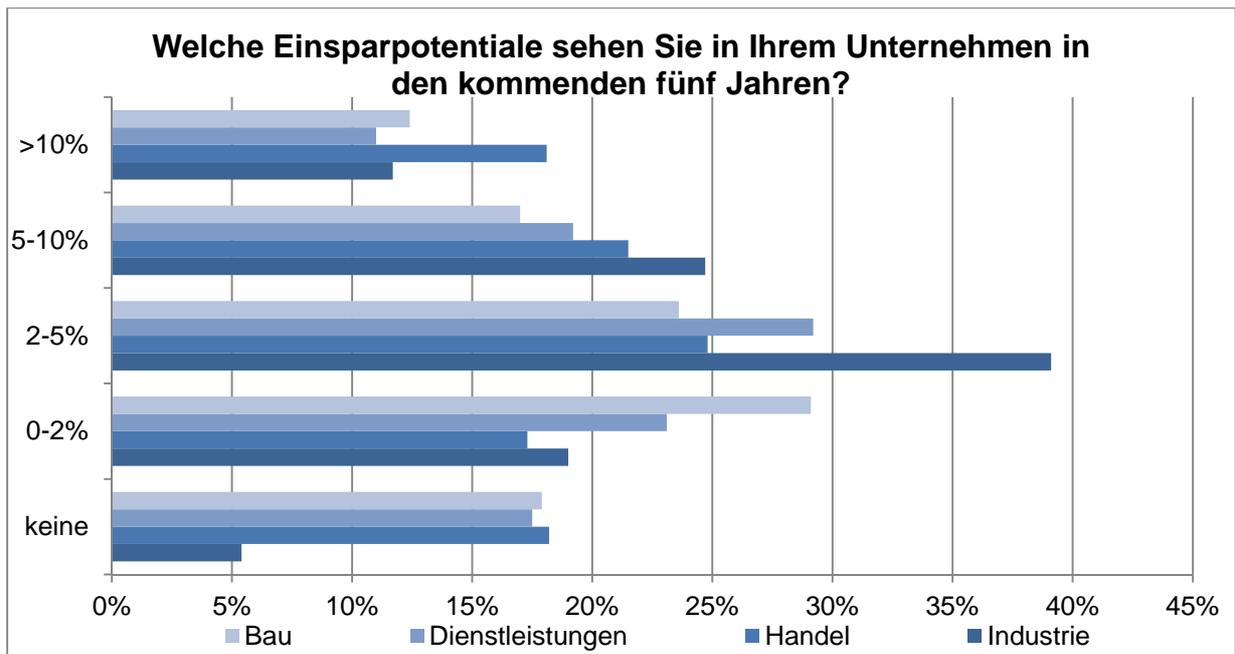


Abbildung 31: Einsparpotenziale nach Sektoren. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Die großen Energieverbraucher im Handel sind, wie auch im Dienstleistungsbereich, die Bereitstellung von Raumwärme, Klimakälte, Kommunikationseinrichtungen und Beleuchtung. Hier ist die gezielte und branchenspezifische Ansprache und Bereitstellung von Informationen sowie Umsetzungsbegleitung notwendig, um die genannten Potenziale auszuschöpfen.

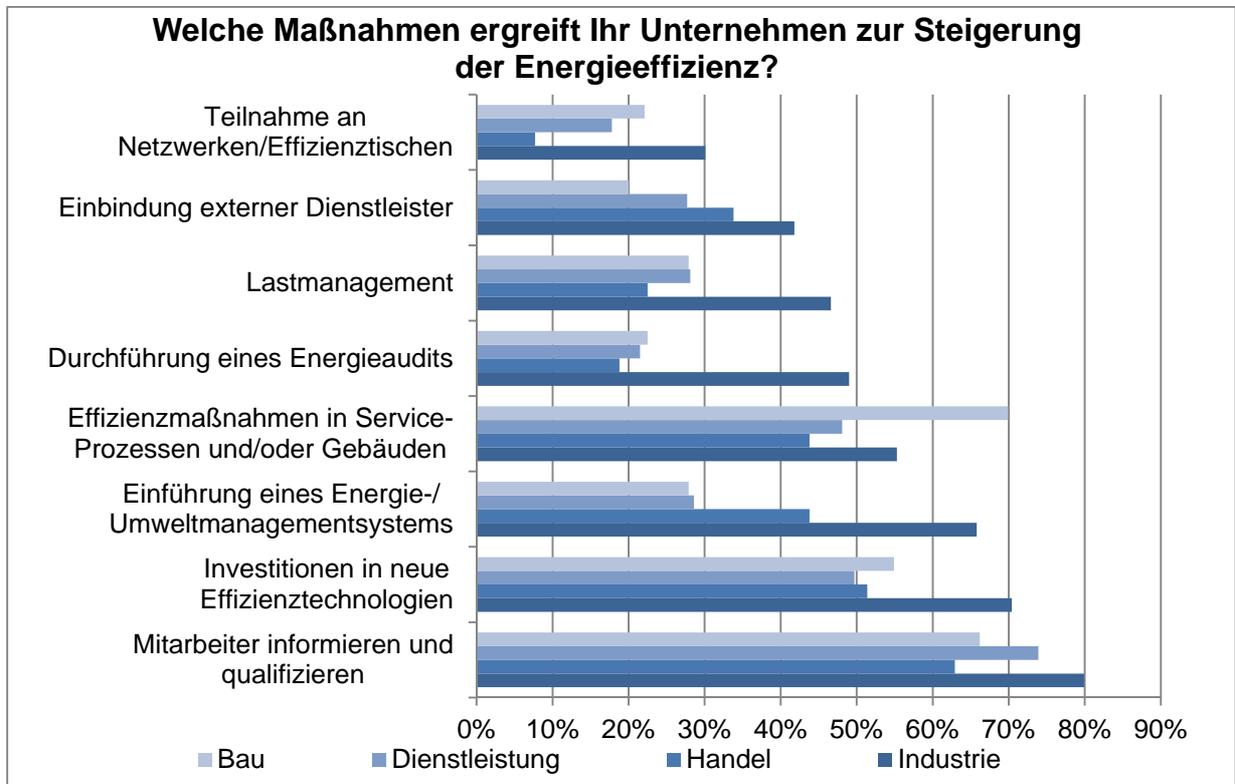


Abbildung 32: Effizienzmaßnahmen nach Sektoren. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Aufgrund des höheren Energiekostenanteils im verarbeitenden Gewerbe besteht hier schon länger Handlungsdruck, aber auch entsprechende Kenntnis über die Energieverbräuche, technische oder organisatorische Lösungen und wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen. Die Unternehmen identifizieren daher nicht nur Einsparpotenziale (nur fünf Prozent geben an, für die kommenden fünf Jahre keine weiteren Potenziale zu sehen), sondern ergreifen auch vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz. Neben der besseren Qualifikation der Mitarbeiter planen 70 Prozent Investitionen in weitere Effizienztechnologien und 65 Prozent die Einführung eines Energie- oder Umweltmanagementsystems. Dennoch geben zwei Drittel der Unternehmen nur eine jährliche Einsparquote von ein Prozent als wirtschaftlich machbar an. Die zumeist höheren Einschätzungen von Politik und Wissenschaft zu den Einsparpotenzialen in der Industrie werden von den Betroffenen offensichtlich nicht geteilt!

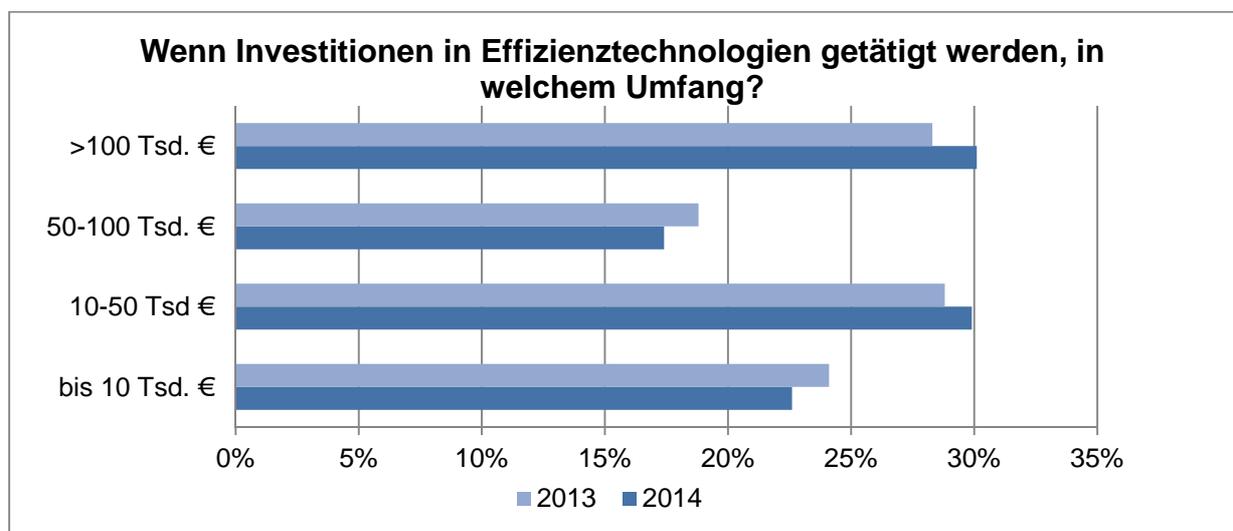


Abbildung 33: Investitionen nach Sektoren. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Annähernd 40 Prozent der Industrieunternehmen streben dabei Investitionen von mehr als 100.000 Euro an. Daneben sticht der Bausektor hervor, in dem mehr als jedes dritte Unternehmen Investitionen in dieser Höhe plant. Insgesamt wird ein großer finanzieller Aufwand betrieben, denn über alle Sektoren und Betriebsgrößen hinweg plant 2014, so sie denn Maßnahmen umsetzen, fast jedes zweite Unternehmen Investitionen von mehr als 50.000 Euro. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes investierte allein die Industrie im Jahr 2011 rund 650 Mio. Euro in Energieeffizienz.²¹

Diese Investitionsbereitschaft und somit die Relevanz energiesparender Verfahren und Prozesse spiegelt sich auch im Bezug energiesparender Vorprodukte wieder. Zwei von fünf Unternehmen (40 Prozent) setzen auf den Einkauf effizienter bzw. energiesparender Vorprodukte, was gleichzeitig auch zu einer Ausrichtung zahlreicher Lieferanten auf das Angebot solcher Produkte erklärt. Hier sind es ebenfalls knapp 40 Prozent der Unternehmen, die eine Marktausrichtung auf energieeffiziente Produkte oder Dienstleistungen anstreben oder bereits umgesetzt haben.

²¹ Vgl. DIHK-Faktenpapier Energieeffizienz. <http://www.dihk.de/pflege/presse/meldungen/2014-08-07-faktenpapier-energieeffizienz>

Trotz der Vielzahl bestehender Angebote kommen öffentliche Fördermittel und -programme nur in jedem fünften Unternehmen (22 Prozent) zum Einsatz. Vor allem kleine Unternehmen, die aufgrund fehlenden eigenen (Fach-)Personals für energietechnische Fragen von einer externen Beratung profitieren könnten, nutzen Fördermöglichkeiten am wenigsten. Bei Unternehmen mit 10 bis 19 Mitarbeitern sind es nur 18 Prozent. Bei den noch kleineren Unternehmen bis neun Mitarbeitern sind es gerade einmal zehn Prozent (nach 17 Prozent 2012 und 13 Prozent 2013). Dies deutet auf Informationsdefizite bei den Unternehmen und die zum Teil hohe, nicht in Betriebsabläufe passende administrative Hürden hin. Hier könnten niederschwellige Angebote zur Informationsvermittlung z. B. in Form einer Erstberatung analog des Energiecoachings fortgeführt werden. Auf der anderen Seite beschränken sich viele Programme auf Unternehmen bis 250 Mitarbeiter. Grundsätzlich bedarf es aus Sicht des DIHK einer Vereinfachung, Entbürokratisierung und Konsolidierung der bestehenden Förderangebote und weiteren Programme, die in Ihrer Gesamtheit für die Zielgruppen nur mit hohem Aufwand zu überblicken sind („Förderdschungel“).

Gleichzeitig ist der Anteil der Unternehmen, die den Ausbau der staatlichen Förderung von Beratungs- und Unterstützungsleistungen fordern, auf 31 Prozent gesunken (2013: 34 Prozent, 2012: 37 Prozent). Auch das zeigt: Energiebezogene Maßnahmen und die Steigerung der Energieeffizienz werden als ureigenste Aufgabe der Unternehmen wahrgenommen und angegangen. Nach Meinung des DIHK sollte sich die öffentliche Hand darauf konzentrieren, sinnvolle Rahmenbedingungen zu setzen und geeignete Unterstützung zu bieten. Ein Baustein ist die gemeinsam von BMWi, BMUB, DIHK und ZDH ins Leben gerufene Mittelstandsinitiative Energiewende, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Information über Unterstützungsmaßnahmen zu verbessern und Anregungen zur Steigerung der Energieeffizienz zu geben.

Strategisches Energiemanagement in Unternehmen: Das fordert die Wirtschaft

Unternehmen begegnen der Herausforderung Energiewende in vielfältiger Weise, um ihre Wettbewerbsposition zu verbessern. Energieeffizienz ist das häufigste Mittel, um mit steigenden Strompreisen klar zu kommen. Energieeffizienz ist Aufgabe der Unternehmen: Weniger als jedes fünfte Unternehmen (17 Prozent) fordert ein schärferes Ordnungsrecht.

- Verzicht auf Belegung neuer Eigenerzeugungsanlagen mit EEG-Umlage.
- Keine Verschärfung von Effizienzvorgaben für Unternehmen, insbesondere bei der Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie in nationales Recht.
- Entbürokratisierung bestehender Förderprogramme im Bereich Energieeffizienz und Öffnung für Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern.
- Ausstattung neuer EE-Anlagen mit Herkunftsnachweisen zum Angebot von grünem Strom und Einführung von Direktvermarktungsoptionen jenseits der EEG.

7. Energiewende und die sechzehn Bundesländer – kommt endlich eine bessere Abstimmung?

Wie im vergangenen Jahr gehört zu den Topforderungen, die Abstimmung zwischen Bund und Ländern zu verbessern. Im Zuge der EEG-Novelle gab es eine Verständigung, den Windausbau an Land zu verstetigen. Allerdings wurde der atmende Deckel so hoch ange-setzt, dass davon kaum Bremswirkungen ausgehen werden. Eine gemeinsame Ausbaustrategie ist weiterhin Fehlanzeige.

Bezogen auf die Ziele der einzelnen Länder liegt Niedersachsen 2014 über den selbstge-
steckten Zielen, das Saarland bleibt hingegen hinter seinen Zielen zurück. Die übrigen Län-
der liegen entweder ganz oder teilweise im Plan. Zum Teil gehen die Länder mit ihren Zielen
deutlich über Bundesvorgaben hinaus bzw. planen dies. So will Baden-Württemberg sein
Erneuerbare-Wärme-Gesetz weiterentwickeln und den Pflichtanteil an EE-
Wärmebereitstellung von 10 auf 15 Prozent erhöhen sowie auf Nicht-Wohngebäude im Be-
stand ausweiten. Auf der anderen Seite bestehen in den Bundesländern zahlreiche Sonder-
förderprogramme z. B. für Energieeffizienz. Auch die vom Bundesrat beschlossenen neuen
Abstandsregeln für Windräder werden die Zersplitterung der Energielandschaft in Deutsch-
land verstärken.

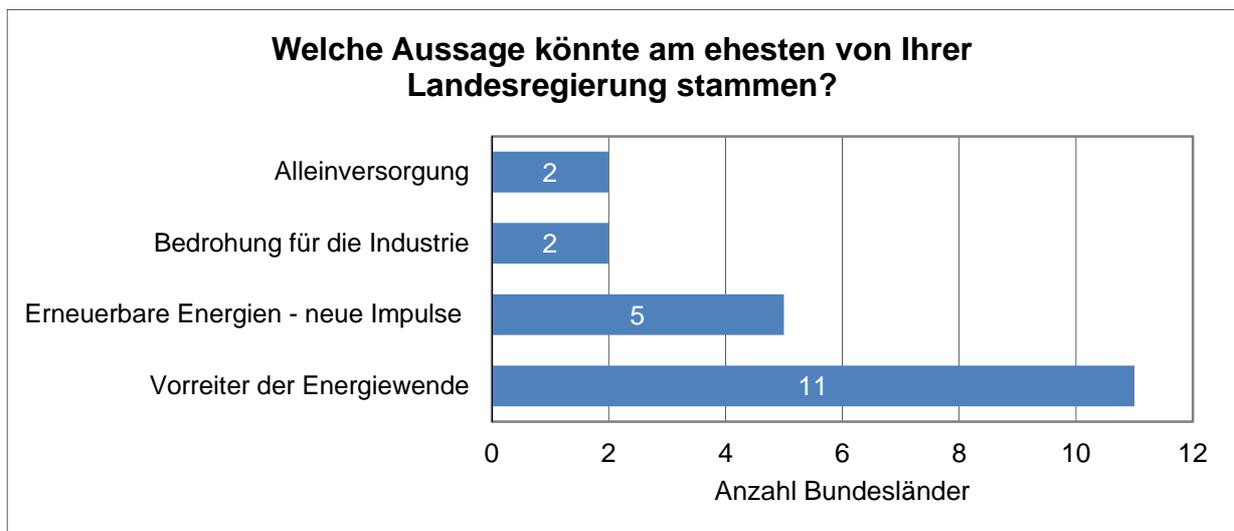


Abbildung 34: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: Befragung der IHK-Federführer Energie.

Die Länder lassen sich grob in drei Gruppen einteilen: Länder, die künftig erneuerbaren Strom exportieren wollen, Länder, die sich autark mit erneuerbaren Energien versorgen wollen, und Länder, die zwischen den beiden Gruppen stehen. Elf Länder sehen sich 2014 als „Vorreiter der Energiewende“, ein leichter Rückgang gegenüber 2013. Auch die Impulskraft der erneuerbaren Energien für die Wirtschaft wird von fünf Ländern explizit hervorgehoben. Dagegen betonen mittlerweile zwei Länder, dass die Energiewende eine Bedrohung für die heimische Industrie darstellt.

2014 hat Energieeffizienz den Ausbau der Windenergie an Land als wichtigstes Thema auf Landesebene abgelöst. Auch der Ausbau der KWK vereinigt Effizienzgesichtspunkte auf

sich. Doppelt so viele Länder wie 2013 legen hierauf einen Schwerpunkt. Der Ausbau der Windenergie bleibt das wichtigste Thema im Bereich der erneuerbaren Energien. Wind offshore spielt nachvollziehbarer Weise nur an den Küsten eine Rolle; Biomasse wird in keinem Bundesland mehr besonders hervorgehoben. Interessant auch, dass im Gegensatz zu vergangenen Jahren kein Land mehr den Ausbau konventioneller Kraftwerke als Schwerpunkt sieht. Die Bedeutung des Themas Netzausbau für die Energiewende ist bisher nur in einem Viertel der Länder angekommen.

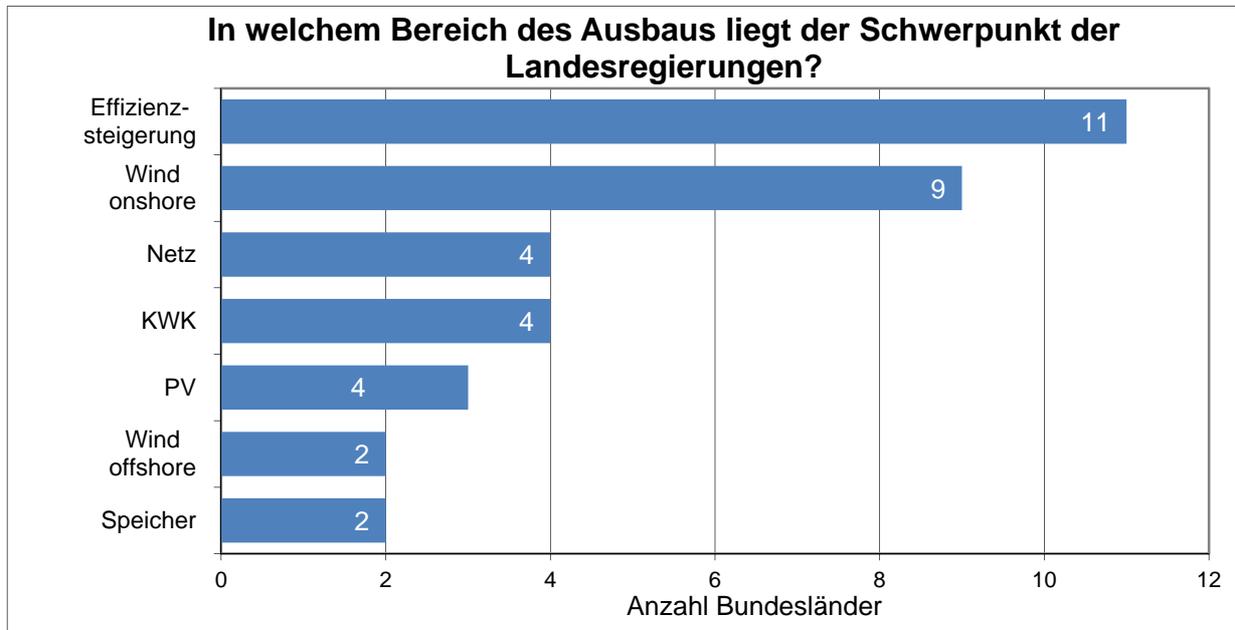


Abbildung 35: Politische Schwerpunkte der Landesregierungen. Mehrfachnennung möglich. Quelle: Befragung der IHK-Federführer Energie.

Folgende Infrastrukturprojekte sind derzeit von hoher Relevanz in den Bundesländern:

- Baden-Württemberg: Fertigstellung der beiden Kohlekraftwerke in Karlsruhe und Mannheim mit jeweils über 900 MW Leistung
- Bayern: Fertigstellung der Thüringer Strombrücke, der Gasleitung Monaco 1 sowie mögliche Reservekraftwerke
- Berlin: Erneuerung des Kraftwerksparks, v. a. auch zur weiteren Nutzung der Fernwärme
- Brandenburg: Über die Speicherinitiative des Landes den Aufbau von Speichern fördern
- Bremen: Bau des Offshore-Terminals
- Hamburg: Fertigstellung des Kohlekraftwerks Moorburg, Aufbau einer Wind-Wasserstoffpilotanlage
- Mecklenburg-Vorpommern: Bau des Offshore-Windparks Baltic 2, diverse Vorhaben zur Netzverstärkung und -optimierung auf allen Spannungsebenen
- Niedersachsen: Realisierung der Stromverbindung nach Norwegen, Netzausbau
- Nordrhein-Westfalen: Fertigstellung des Steinkohlekraftwerks Datteln IV
- Rheinland-Pfalz: Neubau von zwei Pumpspeicherwerken mit zusammen 700 bis 900 MW Leistung
- Sachsen: Erprobung intelligenter Niederspannungsnetze
- Sachsen-Anhalt: Neue HGÜ-Leitung Richtung Bayern
- Schleswig-Holstein: Weitere Umsetzung der Netzentwicklungsinitiative, um den Netzausbau zu beschleunigen

- Thüringen: Fertigstellung der Thüringer Strombrücke nach Bayern.

Die Energiewende wurde von Anfang an als Gemeinschaftswerk ausgerufen, das nur mit dem Einsatz und Zusammenspiel aller Akteure gelingen kann. Eine Beteiligung der unterschiedlichen Interessengruppen findet in allen Ländern statt, wenn auch nicht immer in der zu erwartenden Intensität. Gegenüber dem vergangenen Jahr sind Rückschritte bei der Einbindung verschiedener Akteure zu verzeichnen: Gab es vor zwölf Monaten noch in neun Ländern eine umfassende Einbindung, ging dieser Wert auf fünf zurück. Auch 2012 war die Einbindung besser. Die mangelnde Einbindung ist ein wesentlicher Grund, warum die Anzahl der Länder, in denen Bürgerinitiativen konstruktiv mitarbeiten, zurückgegangen ist. Die Landespolitik ist aufgerufen, die Einbindung der Akteure vor Ort wieder ernster zu nehmen.

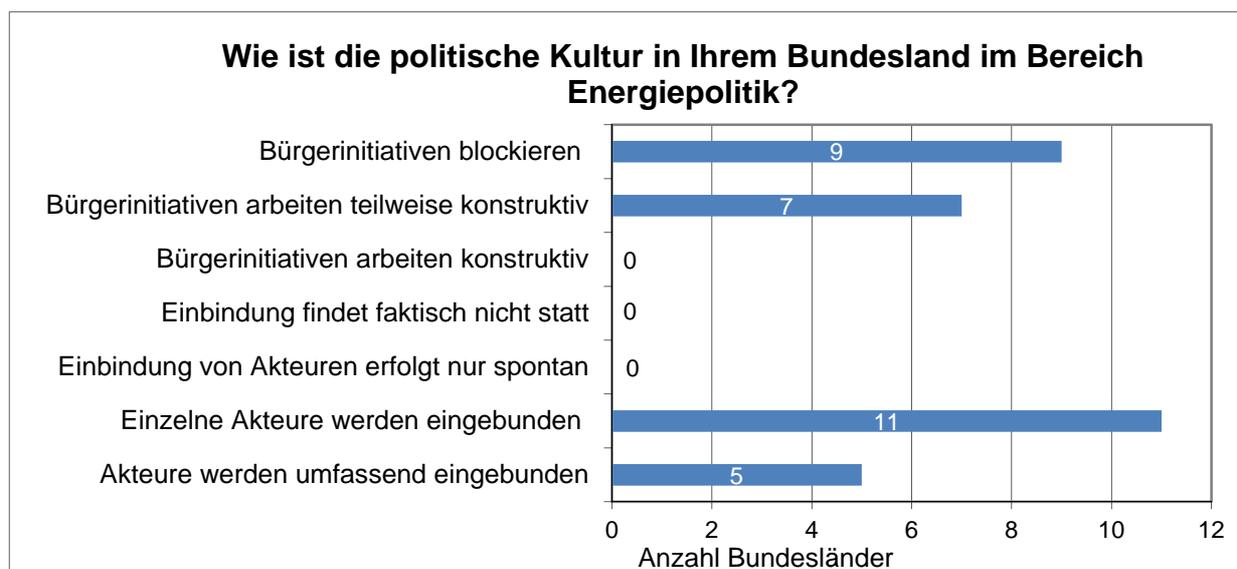


Abbildung 36: Politische Kultur in den Ländern. Quelle: Befragung der IHK-Federführer Energie.

Erneuerbare-Energiebranche: Herausforderungen bleiben groß

Die Hoffnung auf regionales Wachstum durch Impulse aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien bleibt 2014 auf niedrigem Niveau. Fünf Länder rechnen durch den Ausbau von Wind, Solar oder Biomasse konkret mit neuen Impulsen für die regionale Wirtschaft. Zehn Länder – vorwiegend aus dem Norden und Osten – verfolgen aber weiter Strategien zur Ansiedlung der EE-Branche (Hersteller, Systemdienstleister, Zulieferer). Auf einer Skala von 1 (erfolgreich) bis 5 (erfolglos) werden diese Strategien von den IHKs mit 2,7 als durchschnittlich erfolgreich bewertet. Dies stellt eine leichte Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr (2,55) und 2012 (2,4) dar.

Die Energieexperten bewerten dementsprechend auch nur noch mit 31 Prozent die momentane Situation der EE-Branche in ihrem Kammerbezirk positiv oder sehr positiv. Immerhin ist dieser Wert im Vergleich mit 2013 konstant geblieben. 33 Prozent beurteilen die Situation dagegen negativ oder sehr negativ - eine leichte Zunahme im Vergleich zur letztjährigen Befragung (32 Prozent). 2012 hatten erst 13 Prozent die Situation negativ oder sehr negativ beurteilt. Auf einer Skala von 1 (sehr positiv) bis 5 (sehr negativ) liegt die Bewertung der Ex-

perten bei 2,96. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Situation der Branche stabilisiert, aber nicht verbessert.

Für die kommenden zwölf Monate wird sich die wirtschaftliche Entwicklung der erneuerbaren Energien nach Einschätzung der IHK-Experten weiter eintrüben. Nur noch 53 Prozent sehen eine stabile Lage (2013: 65 Prozent). 28 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung (2013: 20 Prozent) und 18 Prozent mit einer Verbesserung (2013: 14 Prozent). Es kommen auf die Unternehmen der erneuerbaren Branche neue Anforderungen zu: Vor allem auf die Einführung von Ausschreibungen zur Ermittlung der Marktprämie sowie die Ausweitung der verpflichtenden Direktvermarktung für alle Anlagen ab 500 kW müssen sich EE-Unternehmen einstellen.

8. Das fordert die Wirtschaft: Versorgung sichern, Kosten senken, Koordination verbessern

Insgesamt bewertet die deutsche Wirtschaft die Energiewende negativer als 2012 und 2013 (vgl. Kapitel 3), das gilt in erster Linie für die Industrie. Lediglich für das Baugewerbe halten sich positive und negative Aspekte die Waage. Die Energiewende kann aber nur dann eine Erfolgsgeschichte werden, wenn sie gesamtwirtschaftlich Vorteile bringt. Viele Weichenstellungen müssen von der Politik noch vorgenommen werden. Die Top-Forderungen der Wirtschaft zielen wie auch 2012 und 2013 auf die drei Felder: Versorgung sichern, Kosten senken und Koordination verbessern. In den letzten beiden Jahren ist auf diesen Feldern (zu) wenig passiert, um der Wirtschaft stabile Rahmenbedingungen für ihr Geschäft zu geben.

Bei zwei Forderungen der Unternehmen haben sich die Prozentzahlen gegenüber 2013 signifikant verändert: Nur noch 72 statt 78 Prozent der Unternehmen halten den Netzausbau für eine vordringliche politische Maßnahme. Zudem halten nur noch 36 statt 42 Prozent den Ausbau erneuerbarer Energien für ein zentrales politisches Handlungsfeld. Auffällig ist auch: Während bei allen anderen Forderungen die Prozentzahlen leicht zurückgingen oder stagnierten, stieg die Anzahl der Unternehmen, die fordern, dass Steuern und Abgaben auf den Strompreis reduziert werden sollten, von 61 auf 64 Prozent. Dies zeigt, dass die Strompreise die Wettbewerbsfähigkeit von immer mehr Unternehmen beeinträchtigen.

Versorgung nicht ausreichend sicher

Für alle Unternehmen ist Versorgungssicherheit von zentraler Bedeutung: Ohne Strom keine Geschäfte. Dies gilt für die Industrie genau wie für Dienstleister. Allerdings kommt der Netzausbau nur schleppend voran (vgl. Kapitel 5). Ein rascher Netzausbau würde die Anzahl notwendiger Eingriffe ins Stromnetz verringern – und damit auch die Gefahr von Stromausfällen sowie Kosten, die durch notwendige Eingriffe zur Stabilisierung des Netzbetriebs entstehen.

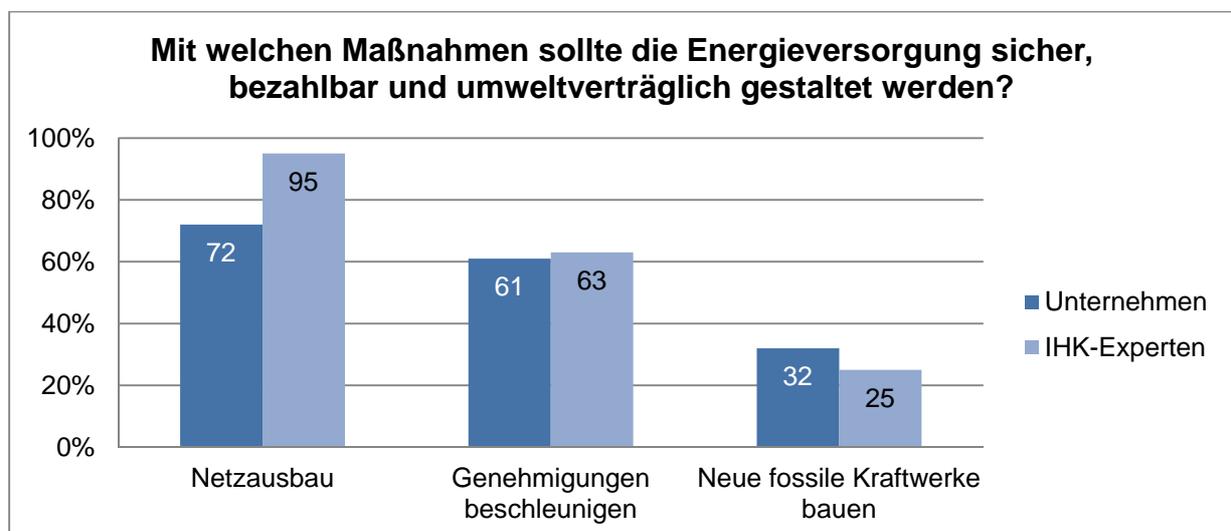


Abbildung 37: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung, Befragung der IHK-Energieexperten.

Folgerichtig erhält die Forderung nach Netzausbau weiterhin die meisten Stimmen der Unternehmen und der IHK-Experten. In Teilen der Politik – insbesondere in Süddeutschland – hat sich die Meinung verbreitet, dass der Netzausbau nicht so vordringlich sei. Dies könnte eine Erklärung sein, warum die Forderung um sechs Prozentpunkte abgenommen hat. Darauf deutet auch hin: In Bayern sank der Anteil der Unternehmen, die Netzausbau fordern, von 79 auf 70 Prozent. In Thüringen, dem zweiten Land, in dem Netze ein großes landespolitisches Thema sind und sich die Landesregierung gegen weitere ausbauen auf Übertragungsnetzebene ausgesprochen hat, ist der Wert mit 54 Prozent niedrig. Der Glaube, Netze seien für den Erfolg der Energiewende nicht entscheidend, geht in die Irre: Alternative Maßnahmen wie Aufbau von Reservekraftwerken oder die Teilung Deutschlands in zwei oder mehrere Preiszonen wären für die Wirtschaft mit höheren Kosten verbunden. Daher sollte nach Meinung des DIHK höchstes politisches Augenmerk auf den Ausbau der Netze gelegt werden.

Ein wichtiger Baustein für einen raschen Netzausbau ist, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Mit der Übertragung der Planungs- und Genehmigungskompetenz für länderübergreifende Strecken auf die Bundesnetzagentur wurde ein wichtiger Schritt umgesetzt. Es besteht die Hoffnung, dass dadurch Realisierungszeiten von zwölf auf deutlich unter zehn Jahre sinken. Der Neubau von effizienten fossilen Kraftwerken ist nur für knapp ein Drittel der Unternehmen und ein Viertel der Experten eine wichtige Forderung. Dies ist auch auf die derzeit vorhandenen Überkapazitäten und die damit verbundenen niedrigen Preise an der Strombörse zurückzuführen.

Steuern und Abgaben zu hoch

Neben der Versorgungssicherheit drückt der Schuh mit wachsender Tendenz bei den Energiekosten: 64 Prozent der Unternehmen bzw. 88 Prozent der IHK-Experten fordern daher eine Senkung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis. In der Industrie wird diese Forderung von drei von vier Unternehmen erhoben. Selbst im Dienstleistungsbereich und den Unternehmen bis 9 Mitarbeitern, die mit ihren geringeren Bezugsmengen höhere Toleranz für Strompreisssteigerungen haben, tragen 59 bzw. 57 Prozent die Forderung mit.

Für die meisten Unternehmen ist der Anteil der Steuern und Abgaben am Strompreis mittlerweile über die Marke von 50 Prozent gestiegen. Insgesamt belaufen sich die staatlich festgesetzten Abgaben auf rund 35 Mrd. Euro. Auch das neue EEG wird die Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien nicht senken; es wird lediglich eine Dämpfung des Kostenanstiegs erreicht. Vielen Unternehmen fehlen dadurch Mittel, um in Energieeffizienz oder neue Produkte zu investieren. Mit der Senkung der Stromsteuer bestünde ein einfacher und schneller Hebel, um den weiteren Anstieg der Endkundenpreise zumindest zu dämpfen.

Auch für die Energieversorger sind hohe Anteile von Steuern und Abgaben am Strompreis ein Problem: „Die Höhe der staatlichen Preisbestandteile kann von uns nicht beeinflusst werden“, so der Chef der Duisburger Stadtwerke Marcus Wittig.²² Die Größenordnung dieser Preisbestandteile mit über 50 Prozent schadet dem Wettbewerb, weil Preisdifferenzierungen nur noch über einen geringen Teil des Strompreises möglich sind.

²² Quelle: Der Westen. Ausgabe vom 16.10.2013.

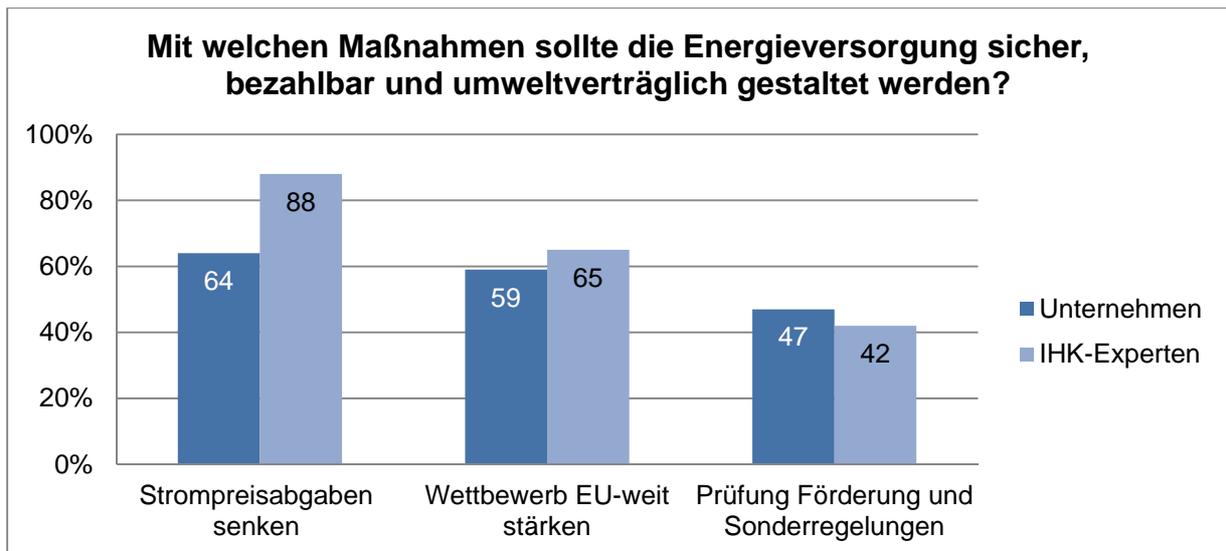


Abbildung 38: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung, Befragung der IHK-Energieexperten.

Ein probates Mittel zur Dämpfung weiterer Preisanstiege ist die Stärkung des grenzüberschreitenden Wettbewerbs auf dem Strom- und Gasmarkt. Das fordern mit 59 Prozent nach wie vor viele Unternehmen. Die Lücken in der grenzüberschreitenden Infrastruktur sind der Flaschenhals für einen ungehinderten Wettbewerb in der EU. Die Politik sollte sich daher für einen raschen Infrastrukturausbau einsetzen, aber auch für eine bessere Abstimmung der Energiepolitiken in den 28 Mitgliedstaaten der EU, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu garantieren. Den Preisauftrieb dämpfen könnte auch eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Fördertatbestände und Sonderregelungen. Knapp jedes zweite Unternehmen hält dies für wichtig.

Koordination der Energiewende nicht ausreichend

Weiterhin haben knapp zwei Drittel der Unternehmen den Eindruck, dass die Abstimmung der politischen Ziele und Maßnahmen innerhalb der Bundesregierung, aber auch mit und zwischen den Bundesländern verbesserungsbedürftig ist (vgl. Kapitel 7). Die IHK-Experten sehen auf Basis der Erfahrungen im Rahmen der Politikberatung mit 91 Prozent diese Forderung als noch wichtiger an. Das unkoordinierte Nebeneinander von Zielen und Maßnahmen steht einer effizienten Umsetzung der Energiewende auf nationaler und regionaler Ebene entgegen. Sie wird dadurch für die Unternehmen und privaten Haushalte unnötig teuer. Die Politik ist aufgerufen, die Energiewende noch stärker als Gemeinschaftswerk anzugehen. Die deutsche Wirtschaft leistet ihren Beitrag z. B. durch die „Mittelstandsinitiative Energiewende“ und die Beteiligung an Planungsverfahren zum Netzausbau.

Die Ziele der Energiewende werden nur erreicht, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien weitergeht. Der rasche Anstieg der EEG-Umlage seit 2009 hat dazu geführt, dass nur noch ein gutes Drittel der Unternehmen (36 Prozent) ein anhaltend hohes Tempo beim EE-Ausbau befürwortet. 2013 lag der Wert bei 42 Prozent.

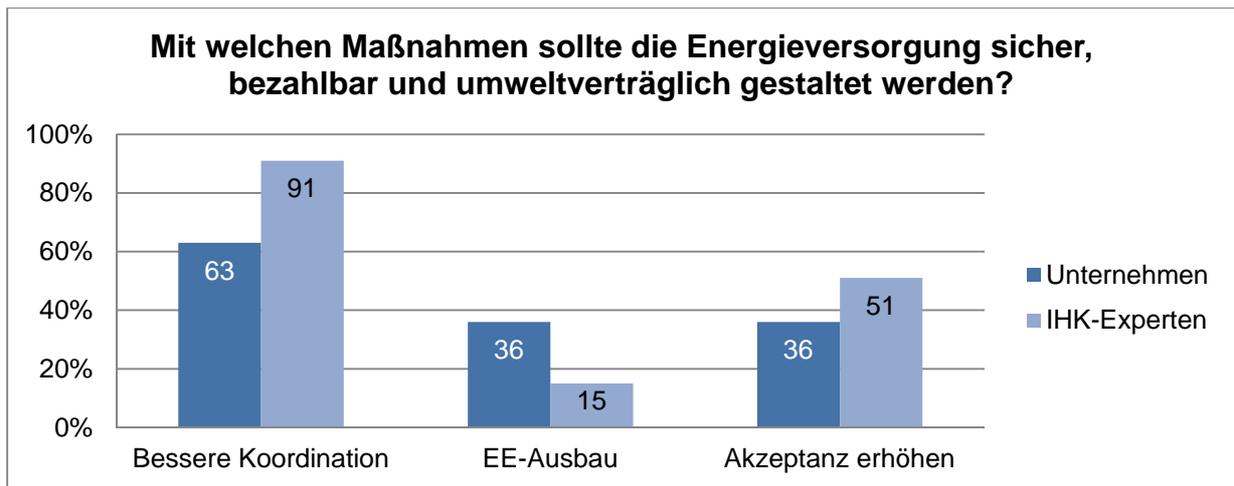


Abbildung 39: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung, Befragung IHK-Energieexperten.

Unternehmen steigern Effizienz aus Eigenmotivation

Im Bereich der Energieeffizienz helfen den Unternehmen eher Beratung und Unterstützung von Seiten der Politik (31 Prozent) als gesetzliche Vorgaben für Energieeffizienz (17 Prozent). Diese Meinung wird von den Energieexperten der IHKs mit 51 Prozent (Effizienzmaßnahmen unterstützen) zu drei (schärfere Effizienzvorgaben) Prozent geteilt. Ein wichtiger Schlüssel dafür ist der Einsatz neuer Technologien. Die EU-Energieeffizienz-Richtlinie sollte daher so in nationales Recht umgesetzt werden, dass den Unternehmen Wahlfreiheit bleibt, mit welchen Maßnahmen sie Energie sparsamer einsetzen wollen. Die „Mittelstandsinitiative Energiewende“ sensibilisiert und hilft den Unternehmen, sorgsam mit dem Einsatz von Energie umzugehen.

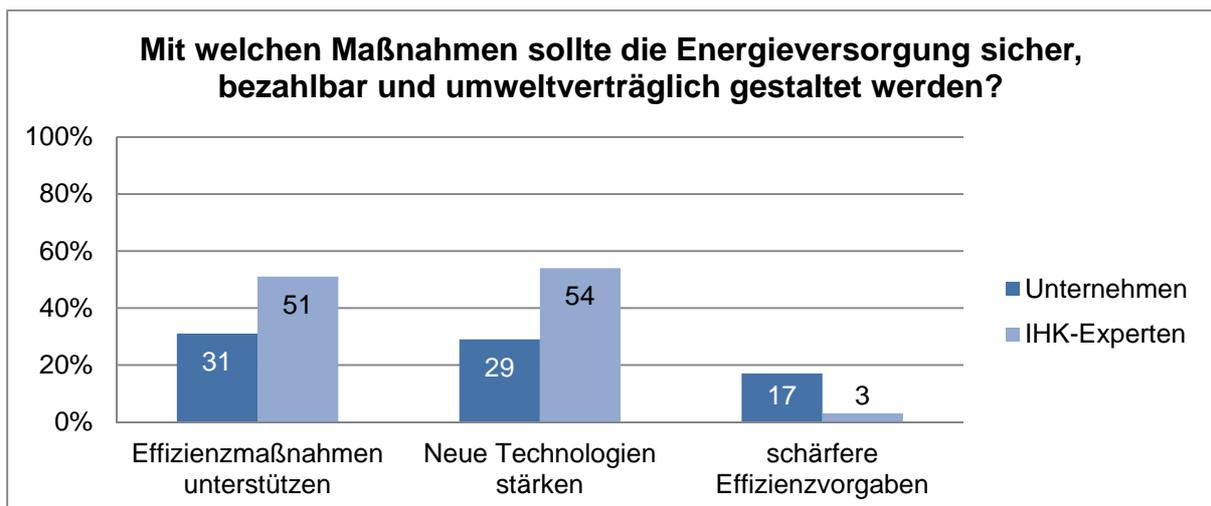


Abbildung 40: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung, Befragung der IHK-Energieexperten.

... Fortsetzung folgt

Nach wie vor weist das Projekt Energiewende zu viele Baustellen auf. Der komplette Umbau des deutschen Energiesystems braucht Zeit, daher sind Baustellen nicht ungewöhnlich. Diese Zeit muss aber sinnvoll genutzt werden: Versorgungssicherheit und Kostenentwicklung sind immer drängendere Probleme für die deutsche Wirtschaft! Deshalb ist es wichtig, das Projekt Energiewende mit einem stringenten Projektplan durchzuführen und den Prozess genau zu beobachten. Nur so können Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und behoben werden. Die Energiewende gibt es nicht gratis, sie muss aber so kosteneffizient wie möglich umgesetzt werden, damit sich langfristig ein volkswirtschaftlicher Vorteil einstellen kann.

Mit der EEG-Novelle hat die Bundesregierung ein großes Ziel ihrer Legislaturperiode erreicht. Nur: Planungssicherheit bringt sie den Unternehmen kaum. So steht die Gefahr im Raum, dass ab 2017 auch Bestandsanlagen zur Eigenerzeugung EEG-Umlage bezahlen müssen. Der Vertrauensschutz für Investitionen wird Zug um Zug ausgehöhlt, was dem Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig schadet. So ist der um über zwei Punkte gefallene Barometerwert ein erstes Warnzeichen, dass die Energiewende, so wie sie derzeit umgesetzt wird, der deutschen Volkswirtschaft keine Vorteile bringt.

Deshalb bleibt die IHK-Organisation am Ball: Sie wird weiter jährlich ein Energiewende-Barometer erstellen und Unternehmen sowie IHKs nach ihren Einschätzungen befragen. Defizite bei der Umsetzung der Energiewende sollen regelmäßig ebenso klar benannt werden wie Fortschritte und Erfolgsmeldungen. Darüber hinaus werden die IHKs in den Regionen auf vielfache Weise selbst aktiv bleiben, um Unternehmen zu helfen und Infrastrukturprojekte voranzubringen und damit die Energiewende zu unterstützen. Deshalb hat die IHK-Organisation gemeinsam mit den Bundesministerien für Wirtschaft und Umwelt sowie dem Handwerk die „Mittelstandsinitiative Energiewende“ gegründet. Ziel ist es, die Kommunikation der Themen in Richtung Mittelstand zu verbessern und gemeinsame, neue Angebote zur Hilfe und Unterstützung zu entwickeln.